

EIS GEMENG

De Gemengebuet vu Stroossen

03
26

Séance du conseil communal
du 16.04.2026

DE

Gemeinderatssitzung
vom 16. April 2026

P04

FR

Séance du conseil communal
du 16 avril 2026

P19

EN

Municipal Council meeting
of 16 April 2026

P33



1, Place Grande-Duchesse Charlotte
B.P. 22, L-8001 Strassen

+352 31 02 62 - 1

reception@strassen.lu

www.strassen.lu

Commune de Strassen

Strassen_Stroossen

CityApp : Strassen

IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :
brain&more

Photos :
101 Studios
Commune de Strassen



Klima-Bündnis
Lëtzebuerg

PacteClimat | CLIMAT
SOLIDAIRES
Ma commune s'engage pour le climat

LES MEMBRES DU CONSEIL COMMUNAL



PUNDEL Nico
Bourgmestre - CSV



WELTER-GAUL Betty
Échevine - LSAP



AREND Anne
Échevine - CSV



BESTGEN-MARTIN Maryse
Échevine - déi gréng



BRAUN Laurent
Conseiller - CSV



GIERENZ Tun
Conseiller - CSV



BUTLER Andrew
Conseiller - CSV



ROOB Jean Claude
Conseiller - LSAP



KLENSCH Paul
Conseiller - LSAP



LINDEN Anne-Marie
Conseillère - déi gréng



FISCHER Marc
Conseiller - DP



DIESCHBURG-NICKELS Martine
Conseillère - DP



THEIN Daniel
Conseiller - DP



KANDEL Nicolas
Conseiller - DP



JØRGENSEN Lise
Conseillère - DP

Sitzung des Gemeinderats vom 16. April 2026

TAGESORDNUNG

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.03.2026.
2. Genehmigung mehrerer Mietverträge.
3. Genehmigung einer Vereinbarung mit dem MENJE über eine finanzielle Beteiligung im Rahmen des Baus des Jugendhauses.
4. Mobilität und Verkehr:
 - a) Verabschiedung eines befristeten Verkehrsreglements für die „Coupe scolaire“
 - b) Verabschiedung eines befristeten Verkehrsreglements für den „Velo-Summer“
 - c) Bestätigung mehrerer befristeter Verkehrsreglements
5. Genehmigung des Kostenvoranschlags für den Bau einer Schule mit Kindertagesstätte.
6. Genehmigung eines Nachtragskostenvoranschlags im Rahmen von Arbeiten an der Pumpstation Helfenterbréck.
7. Genehmigung der Vereinbarung „AKTIV PLUS“ für das Jahr 2026.
8. Genehmigung einer Vereinbarung über Naturschutzprojekte.
9. Gewährung außerordentlicher Zuschüsse an lokale Vereine.
10. Festlegung der Verkaufspreise für Getränke bei kulturellen Veranstaltungen.
11. Genehmigung einer Reihe von Nutzungsverträgen für Gemeinschaftsgärten.
12. Verabschiedung einer Regelung über die Gewährung einer finanziellen Beihilfe an Privatpersonen zur Bekämpfung der Ausbreitung der Asiatischen Hornisse.
13. Grundsatzbeschluss über die Nutzung einer bestehenden Infrastruktur durch das ONA zur vorübergehenden Unterbringung von Antragstellern auf internationalen Schutz.
14. Urbanismus:
 - a) Beschluss über die Ausübung eines Vorkaufsrechts
 - b) Beschluss im Rahmen eines Antrags auf Parzellierung
15. Ernennungen und Rücktritte in den beratenden Kommissionen der Gemeinde.
16. Verschiedenes.

17. Personalangelegenheiten

- a) Beschluss über die Verkürzung der Einarbeitungszeit eines Gemeindebediensteten
- b) Beschluss über eine endgültige Ernennung und die Verkürzung der Probezeit eines Gemeindebeamten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi gréng), Schöffinnen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi gréng); Jean Claude Roob (LSAP); Daniel Thein (DP), Mitglieder des Gemeinderats. Sekretär: Christian Muller.

ABWESEND (ENTSCHULDIGT) :

Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP), Mitglieder des Gemeinderates.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) eröffnet die Sitzung und weist auf die entschuldigten Abwesenheiten mehrerer Mitglieder des Gemeinderats hin. Er erklärt, dass Gemeinderat Tun Gierenz (CSV) abwesend ist und die Stimmberechtigung an Gemeinderat Laurent Braun (CSV) übertragen hat. Auch Gemeinderätin Lise Jørgensen (DP) ist entschuldigt und wird von Gemeinderat Daniel Thein (DP) mit Stimmrecht vertreten.

Der Bürgermeister erklärt anschließend, dass er ursprünglich beabsichtigt hatte, die Tagesordnung zu ändern, um zunächst mit dem Thema Schule zu beginnen. Da Frau Kunath vom Architekturbüro jedoch kurzzeitig nicht anwesend ist, schlägt er vor, die Sitzung doch gemäß der ursprünglich vorgesehenen Tagesordnung abzuhalten.

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.03.2026.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) beginnt mit dem ersten Tagesordnungspunkt, der Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 5. März 2026. Seitens der Mitglieder des Gemeinderats gibt es diesbezüglich keinerlei Anmerkungen oder Kommentar.

Das Protokoll wird somit ohne Einwände genehmigt und zur Unterzeichnung weitergeleitet.

2. Genehmigung mehrerer Mietverträge.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) legt zwei Mietverträge für bezahlbaren Wohnraum mit erweiterter sozialer Begleitung vor. Er erläutert, dass diese Wohnungen künftig von zwei neuen Mitarbeiterinnen der Gemeindeverwaltung, Frau Lynn Schneider und Frau Stephanie Zolver, betreut werden. Sie wurden zum 1. Juli eingestellt, um die Begünstigten dabei zu unterstützen, schrittweise wieder die Selbstständigkeit zu erlangen, die es ihnen langfristig ermöglichen soll, auf dem regulären Wohnungsmarkt eine Unterkunft zu finden.

Der erste Vertrag betrifft eine Familie, die in eine Wohnung über dem Ärztehaus einziehen wird. Der Bürgermeister erläutert, dass es sich um eine Familie handelt, deren Zwillingsskinder noch in Portugal leben und bei der eines der vor Ort lebenden Kinder an einer Hörbehinderung leidet.

Der zweite Vertrag betrifft eine Mutter, die derzeit mit ihren vier Kindern in einem einzigen Zimmer über einem Café lebt. Die Familie wird in einem Haus untergebracht, das der Gemeinde gehört. Der Bürgermeister betont, dass eines der Kinder an einer Herzerkrankung leidet, und betont, wie wichtig in einer derart prekären Situation eine engmaschige soziale Begleitung ist.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) zeigt sich erstaunt darüber, dass eine fünfköpfige Familie in einem einzigen Zimmer leben konnte, und fragt, wie eine solche Situation überhaupt geduldet werden konnte.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erläutert, dass sich die Situation mit der Ankunft weiterer Kinder in der Wohnung nach und nach verschärft habe. Er führt aus, dass die Gemeinde zunächst die Anmeldung sämt-

licher Bewohner aufgrund der ungeeigneten Wohnverhältnisse verweigert habe. Eine Ablehnung hätte jedoch zugleich zur Folge gehabt, dass die Familie bestimmte Sozialleistungen, insbesondere das Kindergeld, nicht hätte beziehen können. Daher habe die Gemeinde zusammen mit dem Sozialamt nach einer geeigneten Lösung für die Unterbringung der Familie gesucht. Abschließend räumt der Bürgermeister ein, dass die Situation problematisch sei, und weist darauf hin, dass möblierte Zimmer und prekäre Wohnverhältnisse zunehmend eine Herausforderung darstellen.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) bittet anschließend um nähere Erläuterungen zum Begriff der „engmaschigen sozialen Begleitung“, insbesondere dazu, wer diese Betreuung übernimmt und welche Verpflichtungen mit dieser Art von Wohnraum verbunden sind.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass diese Begleitung hauptsächlich von Frau Lynn Schneider, einer bereits in diesem Bereich tätigen diplomierten Sozialpädagogin, sowie von Frau Stephanie Zolver und den kommunalen Sozialdiensten gewährleistet wird. Er präzisiert, dass es sich um eine bürgernahe Arbeit handelt, die darauf abzielt, den Familien bei ihren Behördengängen und ihrer tagtäglichen Organisation zu helfen und sie generell dabei zu unterstützen mehr Stabilität in ihrem Leben zu bekommen, damit sie schrittweise aus einer reinen Überlebenslogik herausfinden können.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) ergänzt, dass es zudem das Ziel sei, die Begünstigten – soweit dies möglich ist – dabei zu unterstützen, wieder Zugang zum regulären Wohnungsmarkt zu finden, auch wenn die Lage auf dem Wohnungsmarkt nach wie vor besonders schwierig sei.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) relativiert dies jedoch und weist darauf hin, dass bestimmte Personen, insbesondere Rentner mit sehr geringem Einkommen, diese Art von Sozialwohnungen wahrscheinlich nie verlassen können und deshalb die Möglichkeit haben müssen, dort langfristig in Würde zu leben.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) erkundigt sich abschließend, ob der Gemeinde auch Fälle bekannt

seien, in denen einzelne Begünstigte trotz der angebotenen Unterstützung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) antwortet, dass sich die Mehrheit der Begünstigten die festgelegten Regeln halte. Er räumt ein, dass manche Personen größere Schwierigkeiten hätten, weist jedoch darauf hin, dass der Gemeinde derzeit keine besonders kritischen Fälle gemeldet wurden.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt. Die beiden Mietverträge werden zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

3. Genehmigung einer Vereinbarung mit dem MENJE über eine finanzielle Beteiligung im Rahmen des Baus des Jugendhauses.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt die mit dem MENJE abzuschließende Vereinbarung über eine finanzielle Beteiligung am Bau des Jugendhauses vor. Er erinnert daran, dass der ursprüngliche Kostenvoranschlag für das Projekt 3.725.000 Euro betrug.

Er erläutert, dass zunächst nicht sicher gewesen sei, ob das Ministerium sich finanziell an diesem Projekt beteiligen würde, da die Gemeinde bereits in der Vergangenheit eine staatliche Förderung für ein Jugendhaus erhalten hatte. Schließlich hätten das Ministerium und der Nationale Jugenddienst ihre Unterstützung bestätigt und eine maximale finanzielle Beteiligung von 1,5 Millionen Euro an den Baukosten zugesagt. Darüber hinaus könne sich das Ministerium auch an der Erstaussstattung beteiligen; die genaue Höhe dieser Beteiligung müsse jedoch noch festgelegt werden.

Der Bürgermeister betont, dass der Gemeinderat nun die Vereinbarung genehmigen und die finanzielle Beteiligung des Ministeriums annehmen müsse. Er erwähnt außerdem, dass Minister Claude Meisch an der für den 27. Mai vorgesehenen Einweihung des Jugendhauses teilnehmen werde.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) bittet um eine Klarstellung zum Wortlaut der Vereinbarung, insbesondere hinsichtlich des Verweises auf den vor

Abschluss der Bauarbeiten eingereichten Kostenvoranschlag. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) bestätigt, dass die Beteiligung auf der Grundlage des derzeitigen Projektstands berechnet wird.

Die Vereinbarung wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

4. Mobilität und Verkehr:

a) Verabschiedung eines befristeten Verkehrsreglements für die „Coupe Scolaire“

b) Verabschiedung eines befristeten Verkehrsreglements für den „Velo-Summer“

c) Bestätigung mehrerer befristeter Verkehrsreglements

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) stellt mehrere befristete Verkehrsreglements im Zusammenhang mit verschiedenen Veranstaltungen und verkehrstechnischen Maßnahmen vor.

Bezüglich des Schulradwettbewerbs, der „Coupe scolaire“, erläutert sie, dass - wie jedes Jahr - spezielle Maßnahmen ergriffen werden, um die Sicherheit der Kinder entlang der Strecke zu gewährleisten. Bestimmte Straßenabschnitte werden vorübergehend angepasst, insbesondere zwischen der Rue de l'École und der Sporthalle, wo der Verkehr eingeschränkt wird, um zu verhindern, dass die jungen Radfahrer überholt werden. Die Veranstaltung findet am Freitag, dem 15. Mai, von 14:00 bis 16:00 Uhr statt.

Zum „Vëlosommer“ präzisiert sie, dass die Strecke gegenüber dem Vorjahr unverändert bleiben wird. An den einzelnen Kreuzungen entlang der Strecke wird eine entsprechende Beschilderung angebracht. Die Ausgabe 2026 findet vom 1. bis zum 16. August statt. Am 2. August organisiert die Gemeinde einen Auftakttag zum „Vëlosommer“ mit verschiedenen Aktivitäten für Kinder sowie Foodtrucks vor dem Centre Barblé.

Im Rahmen der Bestätigung befristeter Verkehrsreglements geht die Schöffin anschließend auf die bevorstehende Installation einer Beleuchtung entlang

des PC13 zwischen der Rue du Kiem und der Rue de Strassen ein. Während der Bauarbeiten wird der betreffende Weg vorübergehend gesperrt. Sie betont wie wichtig diese Maßnahme ist, angesichts der Tatsache dass dieser Abschnitt insbesondere in den Abendstunden sehr dunkel sei und regelmäßig von Radfahrern und Fußgängern genutzt wird.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) erkundigt sich, nach welchen Kriterien die Strecke für die „Coupe scolaire“ festgelegt wird, und stellt insbesondere die Wahl der derzeitigen Streckenführung infrage.

Schöffin Anne Arend (CSV) erläutert, dass die Strecke bereits seit mehreren Jahren besteht und jeweils an die laufenden Baustellen angepasst wird. Sie erinnert daran, dass die Streckenführung vor allem aus Sicherheitsgründen geändert worden sei. Ihrer Ansicht nach beherrschen viele Kinder das Fahrrad noch nicht sicher genug, um auf stärker befahrenen Straßen unterwegs zu sein, weshalb ein sicherer Streckenverlauf durch Wohngebiete gewählt worden sei.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) nutzt die Diskussion über die neue Beleuchtung entlang des PC13, um die Aufstellung zusätzlicher Sitzbänke entlang des Weges anzuregen. Sie erinnert daran, dass dort früher bereits eine Sitzbank gestanden habe, die entfernt worden sei, und weist darauf hin, dass der Weg regelmäßig von älteren Menschen genutzt werde.

Die vorübergehenden Verkehrsreglements werden anschließend zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

5. Genehmigung des Kostenvoranschlags für den Bau einer Schule mit Kindertagesstätte.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt das Projekt vor und erinnert daran, dass es sich mit einem geschätzten Kostenvolumen von 58 Millionen Euro einschließlich Mehrwertsteuer um die größte Investition handelt, die dem Gemeinderat von Strassen jemals zur Abstimmung vorgelegt wurde.

Er erläutert, dass das Projekt das Ergebnis eines langen Planungs- und Reflexionsprozesses ist, der bereits

vor der Covid-19-Pandemie begonnen hatte. Daran beteiligt war eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern des Gemeinderats, der Schule, der Maison Relais sowie der Elternvereinigung. Darüber hinaus wurden mehrere Besichtigungen bestehender Schulen organisiert, um Anregungen für die Gestaltung des künftigen Gebäudes zu sammeln.

Der Bürgermeister erläutert, dass die neue Schule Platz für rund 432 Kinder im Früherziehungs- und Vorschulbereich bieten wird. Das Gebäude wird in Gruppen oder „Clustern“ aus jeweils vier Räumen organisiert sein, um eine reibungslosere Zusammenarbeit zwischen Schule und Maison relais zu ermöglichen. Er betont, dass die ursprünglich im neuen Gebäude vorgesehene Küche letztlich aus dem Projekt gestrichen wurde. Stattdessen soll die bestehende Küche auf dem Standort Blumewiss im Rahmen eines gesonderten Projekts erhalten und umgebaut werden.

Das teilweise unterkellerte Gebäude wird Technik- und Lagerräume sowie ein Energiesystem mit einem Eisspeicher umfassen. Auf eine ursprünglich vorgesehene Tiefengeothermie wurde verzichtet, da deren Umsetzung aufgrund der erforderlichen zusätzlichen Verfahren und Untersuchungen zu unsicher geworden war. Das Dach wird großflächig mit Photovoltaikanlagen ausgestattet.

Der Bürgermeister betont, dass das Gebäude trotz seiner Größe relativ niedrig bleibt und sich dank einer sorgfältig gestalteten Fassade in dezenten, warmen Farbtönen harmonisch in das Ortszentrum einfügen werde.

Nach der derzeitigen Planung soll die Schule – sofern alles planmäßig verläuft – zum Schuljahresbeginn 2030/2031 in Betrieb genommen werden. Der Bürgermeister erläutert, dass in der Kostenkalkulation derzeit staatliche Zuschüsse in Höhe von 18 Millionen Euro berücksichtigt seien, wobei bewusst vorsichtig gerechnet worden sei. Er hoffe jedoch, dass die Unterstützung des Staates letztlich höher ausfallen wird, insbesondere falls das System der Auszahlung staatlicher Beihilfen während der Bauphase angepasst werden sollte.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP), die der Arbeitsgruppe angehörte, würdigt die Qualität

des Projekts und dessen gelungene Einbindung in das Ortszentrum. Sie hebt insbesondere die Gestaltung der Außenbereiche, die Organisation der Innenräume sowie den Austausch mit dem Lehrpersonal und den Mitarbeitern der Maison Relais hervor. Ihrer Ansicht nach wird das künftige Gebäude sowohl den Kindern als auch den pädagogischen Teams ein positives Lern- und Arbeitsumfeld bieten. Sie erkundigt sich außerdem, ob das Mobiliar und die technische Ausstattung – insbesondere die interaktiven Tafeln – im Kostenvoranschlag enthalten seien. Dies wird bestätigt.

Schöffin Anne Arend (CSV) betont die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Schule und Maison Relais. Sie erläutert, dass sich diese seit Langem diskutierte Zusammenarbeit inzwischen in verschiedenen gemeinsamen Projekten konkret widerspiegele. Ihrer Ansicht nach sei es von entscheidender Bedeutung, dass beide Einrichtungen eng zusammenarbeiten, da sie dieselben Kinder den ganzen Tag über begleiten.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) hebt die langfristige Vision des Projekts hervor. Er erinnert daran, dass sich das Vorhaben im Laufe der Workshops und Diskussionen schrittweise weiterentwickelt habe und so eine Infrastruktur entstanden sei, die auf die künftigen Anforderungen des Bildungswesens in Strassen ausgerichtet ist. Er unterstreicht zudem die Vorteile des Standorts im Ortszentrum. Das gemeindeeigene Grundstück ermögliche es, Schule und Maison Relais dauerhaft in einer zentralen und gut angebundenen Lage zu belassen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erläutert, dass der Schulstandort mit der Umsetzung dieses Projekts seine Kapazitätsgrenze erreichen werde. Nach dem Bau der neuen Schule und der Realisierung der geplanten Erweiterungen an den übrigen Gebäuden werde es nicht mehr sinnvoll sein, an diesem Standort zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Sollte die Gemeinde langfristig weiter wachsen, müsse daher die Errichtung eines weiteren Schulstandorts in Betracht gezogen werden.

Gemeinderat Laurent Braun (CSV) würdigt die Qualität des Projekts, weist jedoch zugleich auf dessen außergewöhnlich hohe Kosten hin. Er erinnert daran, dass die Gemeinde ihre finanzielle Situation trotz

des unbestrittenen Bedarfs an dieser Investition aufmerksam im Blick behalten müsse. Er äußert allgemein seine Sorgen angesichts der Kosteninflation bei großen öffentlichen Projekten.

Schöffin Anne Arend (CSV) entgegnet, dass das Budget zwar hoch sei, für eine Infrastruktur dieser Größenordnung und Qualität jedoch realistisch bleibe. Sie erinnert daran, dass die Gemeinde nach wie vor über beträchtliche finanzielle Rücklagen verfüge und dass die Finanzprognosen es ermöglichen, das Projekt in Angriff zu nehmen, ohne die Situation zu dramatisieren, vorausgesetzt, die Einnahmen der Gemeinde bleiben stabil.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) fügt hinzu, dass der Betrag im zeitlichen Zusammenhang gesehen werden muss, da sich die Ausgaben über mehrere Jahre erstrecken werden. Er betont zudem, dass sich das Projekt nicht auf eine klassische Schule beschränkt, sondern Räumlichkeiten umfasst, die darauf ausgelegt sind, die Kinder über einen großen Teil des Tages – vom Morgen bis zum frühen Abend – zu betreuen.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) greift die Diskussion über die Kosten auf und plädiert dafür, auch bei wichtigen und notwendigen Projekten stets ein kritisches Augenmerk auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu richten. Er weist darauf hin, dass insbesondere die in Luxemburg geltenden gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen dazu beitragen, derartige Bauvorhaben zu verteuern.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) greift den Vergleich mit anderen Schulgebäuden, insbesondere der Schule Saint-Exupéry, erneut auf. Sie erinnert daran, dass es sich hierbei um einen deutlich einfacheren und älteren Modulbau gehandelt habe. Ihrer Ansicht nach lasse sich das aktuelle Projekt, das Schule und Maison Relais in einem Gebäude vereine, daher nicht unmittelbar mit dieser Art von Schulgebäude vergleichen.

Gemeinderat Daniel Thein (DP) bedankt sich für die Erläuterungen und erkundigt sich nach der Funktionsweise des Eisspeichers. Die Vertreter des Architekturbüros und des Projektmanagements erläutern, dass

dieses System – in Kombination mit den Kollektoren und der Wärmepumpe – je nach Heiz- und Kühlbedarf des Gebäudes Energie speichern und wieder abgeben kann. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Gemeinde ihre Gebäude künftig zunehmend als Teil eines ganzheitlichen Energiekonzepts betrachten müsse, bei dem der auf verschiedenen gemeindeeigenen Dächern erzeugte Strom dort genutzt werde, wo er gerade benötigt werde.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) betont, dass das Projekt seiner Ansicht nach gelungen, gut integriert und von hoher Qualität sei. Er weist jedoch darauf hin, dass auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Funktionalität und architektonischem Anspruch geachtet werden müsse. Darüber hinaus stellt er Fragen zur schrittweisen Ausstattung der Räume und zur Gestaltung der Toiletten. Schöffin Anne Arend (CSV) erläutert, dass die Sanitäranlagen entsprechend den Wünschen des Lehrpersonals gestaltet würden. Die Ausstattung der Räumlichkeiten werde zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme an den tatsächlichen Bedarf angepasst, um unnötige Anschaffungen zu vermeiden.

Nach diesem Austausch wird der Kostenvoranschlag in Höhe von 58 Millionen Euro inkl. MwSt. zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) dankt anschließend den Vertretern des Architekturbüros, dem Projektleiter sowie Herrn Claude Feipel, der das Projekt innerhalb der Gemeindeverwaltung begleitet. Er weist darauf hin, dass die Ausschreibungen voraussichtlich nach dem Kollektivurlaub veröffentlicht werden.

6. Genehmigung eines Nachtragskostenvoranschlags im Rahmen von Arbeiten an der Pumpstation Helfenterbréck.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt einen Nachtragskostenvoranschlag für die Arbeiten an der Pumpstation und dem Regenrückhaltebecken in Helfenterbréck vor.

Er erinnert daran, dass das ursprüngliche Projekt im Jahr 2021 mit geschätzten Kosten von rund 930.000 Euro verabschiedet worden war. Bei der Ausschreibung

lagen die eingehenden Angebote jedoch bereits deutlich höher und waren auf rund 1,4 Millionen Euro gestiegen. Dies war auf die Auswirkungen der Covid-19-Krise und des Krieges in der Ukraine zurückzuführen, in deren Folge die Baupreise stark angestiegen waren.

Der Bürgermeister erläutert ferner, dass im Verlauf des Projekts zusätzliche Arbeiten erforderlich wurden. Dadurch belaufen sich die Gesamtkosten inzwischen auf rund 1,873 Millionen Euro.

Da das Projekt gemeinsam mit der Gemeinde Bertrange durchgeführt wird, werden die Kosten zu gleichen Teilen zwischen den beiden Gemeinden aufgeteilt. Da die Wasserwirtschaftsbehörde (Administration de la gestion de l'eau) jedoch verlangte, dass nur eine Gemeinde den Antrag offiziell einreicht, hat die Gemeinde Strassen bestimmte Planungskosten und Kosten für Ingenieurbüros vorgestreckt. Diese werden der Gemeinde Bartringen anschließend in Rechnung gestellt, sodass die vereinbarte Kostenaufteilung von 50/50 wiederhergestellt wird.

Dabei beläuft sich der von der Gemeinde Strassen zu tragende zusätzliche Kostenanteil auf rund 416.000 Euro. Ein Teil der vorgestreckten Beträge wird anschließend von der Gemeinde Bertrange zurückerstattet.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt. Der Nachtragskostenvoranschlag wird einstimmig angenommen.

7. Genehmigung der Vereinbarung „AKTIV PLUS“ für das Jahr 2026.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) stellt die jährliche Vereinbarung für den Club Aktiv Plus für das Jahr 2026 vor. Sie weist darauf hin, dass die Vereinbarung gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert bleibt und dass lediglich einige Anpassungen bezüglich des Personal erfolgt sind.

Sie weist darauf hin, dass Frau Patricia Petruccioli die Aufgabe der Leiterin mit einer Wochenarbeitszeit von 32 Stunden ausübt. Frau Carmen Reuland arbeitet als Erzieherin und übernimmt zusätzlich administrative Aufgaben. Frau Lara Gerson ist als Büroangestellte

tätig, während Frau Sally Muller ebenfalls als Betreuungskraft tätig ist.

Die Schöffin hebt hervor, dass sowohl das Ministerium als auch die Partnerplattformen mit der Arbeit des Teams des Club Aktiv Plus und insbesondere mit der von Frau Patricia Petruccioli geleisteten Arbeit sehr zufrieden sind.

Anschließend legt sie einige Kennzahlen vor, die die Aktivitäten des Dienstes veranschaulichen. Im Jahr 2025 zählte der Club Aktiv Plus unter anderem 77 Mitglieder im Alter von über 90 Jahren, davon sieben Männer und 70 Frauen. In der Altersgruppe der unter 50-Jährigen gibt es 3 Männer und 13 Frauen.

Insgesamt wurden im Laufe des Jahres 5.891 Teilnahmen an den verschiedenen Aktivitäten verzeichnet. Rund 507 Personen nahmen regelmäßig an den Angeboten teil. Das Durchschnittsalter der Mitglieder beträgt 75 Jahre; bei den Männern liegt es bei durchschnittlich 76 Jahren, bei den Frauen bei 74 Jahren.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) geht auch auf die zahlreichen vom Club Aktiv Plus organisierten Aktivitäten ein: digitale Workshops zum Erlernen des Umgangs mit Smartphones, sanfte Gymnastik, generationsübergreifende und interkulturelle Aktivitäten, Ausflüge, gemeinsame Mahlzeiten, Vorbereitungen auf den Ruhestand oder auch Tanzkurse.

Sie hebt insbesondere den Erfolg des alle zwei Wochen stattfindenden Mittagessens hervor, bei dem regelmäßig zwischen 60 und 80 Teilnehmer sind, bei besonderen Anlässen sind es sogar bis zu 150 Personen.

Die Schöffin erinnert außerdem daran, dass der Club Aktiv Plus im vergangenen Jahr sein 20-jähriges Bestehen gefeiert hat. An der Jubiläumsfeier nahmen rund 120 Personen sowie der zuständige Minister teil.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) lobt seinerseits die Dynamik des Club Aktiv Plus, den er als echten Gewinn für die Senioren der Gemeinde betrachtet. Er hebt die Vielfalt der angebotenen Aktivitäten sowie die soziale Bedeutung dieser Einrichtung im Kampf gegen die Vereinsamung hervor.

Die Vereinbarung wird anschließend zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

8. Genehmigung einer Vereinbarung über Naturschutzprojekte.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) stellt eine Vereinbarung vor, die im Rahmen von Naturschutzprojekten in Zusammenarbeit mit SICONA und einigen Landwirten der Gemeinde geschlossen wurde.

Sie stellt klar, dass es sich nicht um ein neues Programm handelt, sondern vielmehr um eine administrative Formalisierung bereits bestehender Maßnahmen. Die Vereinbarung zielt in erster Linie auf die Pflege von Hecken und Streuobstwiesen ab, um die Artenvielfalt zu erhalten, insbesondere die heimische Fauna und Flora, sowie darauf, den Fortbestand der natürlichen Lebensräume zu gewährleisten.

Die Schöffin erläutert, dass die Landwirte die betreffenden Flächen zur Verfügung stellen, während SICONA die Pflegearbeiten übernimmt, darunter den Rückschnitt der Hecken sowie die Pflanzung und gegebenenfalls den Ersatz von Bäumen. Die Gesamtkosten der für dieses Jahr vorgesehenen Maßnahmen belaufen sich auf rund 6.200 Euro. Davon werden 90 % vom Staat bezuschusst, sodass der der von der Gemeinde zu tragende Kostenanteil stark verringert wird.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) äußert jedoch Bedenken hinsichtlich des Grundsatzes, dass die Gemeinde Maßnahmen auf Privatgrundstücken in Dorfnähe finanziert. Er erklärt, dass er den Nutzen solcher Projekte in offenen landwirtschaftlichen Zonen verstehe, hält es jedoch für heikler, wenn sich die Gemeinde an der Pflege bestimmter privater Obstgärten im innerörtlichen Bereich beteiligt.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) räumt ein, dass die Frage einer näheren Prüfung bedarf. Er betont jedoch, dass einige dieser Flächen für die Einwohner einen echten landschaftlichen und ökologischen Mehrwert darstellen. Er verweist insbesondere auf ein Projekt, bei dem ein Teil des betreffenden Grundstücks in eine Blumenwiese umgewandelt werden soll, die für die Anwohner sichtbar ist. Er erinnert zudem daran, dass

die Gemeinde in der Vergangenheit bereits bestimmte Privatgrundstücke aus ähnlichen Programmen herausgenommen habe, um eine gewisse Kohärenz beim Vorgehen der Gemeinde zu wahren.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) erkundigt sich anschließend, ob es in diesem Bereich nicht auch andere Akteure gebe, mit denen die Gemeinde zusammenarbeiten könne. Er weist darauf hin, dass SICONA bei derartigen Projekten sehr häufig eingebunden sei.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) antwortet, dass die Gemeinde auch mit anderen Partnern zusammenarbeite, insbesondere bei Projekten im Zusammenhang mit Schulgärten, beruflicher Eingliederung oder sozialen Einrichtungen. Er betont jedoch, dass SICONA ein besonderer Partner bleibe, da es sich um einen interkommunalen Zusammenschluss handele, der auf Naturschutz spezialisiert sei, während die anderen Akteure in der Regel private Unternehmen oder konventionierte Vereinigungen seien.

Die Vereinbarung wird anschließend zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

9. Gewährung außerordentlicher Zuschüsse an lokale Vereine.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt einen Antrag auf einen außerordentlichen Zuschuss vor, der vom Verein Biker.lu im Rahmen eines im Jahr 2023 organisierten Erste-Hilfe-Kurses gestellt wurde.

Er erläutert, dass damals mit Herrn Fränz Schneider mündlich vereinbart worden war, eine Erste-Hilfe-Ausbildung mit Schwerpunkt auf Unfällen zu organisieren, die sich im Wald oder bei sportlichen Aktivitäten ereignen können. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass dieser Kurs für die breite Öffentlichkeit zugänglich war und sich nicht ausschließlich an die Mitglieder des Vereins richtete.

Er verweist darauf, dass seinerzeit vereinbart worden war, dass die Gemeinde die Kosten für den Kurs übernehmen würde, wie sie dies regelmäßig auch bei anderen vergleichbaren Schulungen von allgemeinen Interesse tut. Die Rechnung wurde jedoch erst im Jahr 2026

übermittelt, also drei Jahre nach der tatsächlichen Durchführung der Schulung.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) erkundigt sich nach den Modalitäten und hält es für sinnvoll, in Zukunft über eine strukturiertere und transparentere Organisation dieser Art von Fortbildungen für lokale Vereine nachzudenken.

Der Bürgermeister bestätigt, dass der Kurs seinerzeit tatsächlich öffentlich angekündigt worden war und es sich nicht um eine besondere Begünstigung eines einzelnen Verein gehandelt habe.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) nutzt die Diskussion, um daran zu erinnern, dass die Gemeinde bereits in der Vergangenheit erfolgreich Schulungen zur psychologischen Ersten Hilfe organisiert habe. Er schlägt vor, künftig regelmäßig Erste-Hilfe-Kurse anzubieten, die allen Vereinen und Organisationen der Gemeinde offenstehen, insbesondere den Sportvereinen, in denen ein erhöhtes Unfallrisiko besteht.

Schöffin Anne Arend (CSV) begrüßt diesen Vorschlag. Sie weist darauf hin, dass einige Vereine, wie beispielsweise der CEP, bereits planen, solche Schulungen für ihre Trainer und Betreuer zu organisieren. Ihrer Ansicht nach wäre es sinnvoll, dass die Gemeinde darüber nachdenkt, einen gemeinsamen Rahmen zu schaffen, um eine gleichberechtigte Behandlung der verschiedenen Vereine sicherzustellen.

Gemeinderat Jean-Claude Roob (LSAP) erinnert zudem daran, dass einige Sportverbände im Rahmen der Trainerausbildung bereits regelmäßige Auffrischkurse in Erster Hilfe vorschreiben.

Der außerordentliche Zuschuss wird anschließend zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

Der Tagesordnungspunkt wird mit einem zweiten Antrag auf einen außerordentlichen Zuschuss für den Bogenschützenverein fortgesetzt.

Schöffin Anne Arend (CSV) erläutert, dass der Verein eine für das Bogenschießen geeignete „Paintball“-Ausrüstung anschaffen möchte. Es handelt sich dabei um

interaktive Hindernissen und Zielscheiben, die eine spielerischere und zugleich sicherere Ausübung dieser Sportart ermöglichen. Verwendet werden dabei weiche Geschosse anstelle herkömmlicher Pfeile, wodurch das Verletzungsrisiko erheblich reduziert wird.

Die Schöffin betont, dass diese Ausrüstung nicht nur dem Verein selbst, sondern auch der Gemeinde zugutekommen wird, insbesondere bei Veranstaltungen wie den „Nuits du Sport“, Schulfesten oder anderen kommunalen Veranstaltungen, an denen der Verein regelmäßig teilnimmt. Sie führt aus, dass dieses System es ermögliche, Aktivitäten für ein breites Publikum anzubieten, ohne die mit dem traditionellen Bogenschießen verbundenen Sicherheitsauflagen.

Vor diesem Hintergrund schlägt das Schöffenkolegium vor, dem Verein einen Zuschuss in Höhe eines Drittels der Materialkosten zu gewähren, berechnet auf der Grundlage eines Betrags von 7.480 Euro, was einem Beitrag seitens der Gemeinde von 2.493 Euro entspricht.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) begrüßt diese innovative und moderne Initiative. Er erinnert daran, dass der Verein das Projekt bereits auf seiner Generalversammlung vorgestellt hatte. Er hebt zudem das Potenzial dieser Aktivität für „Teambuilding“-Veranstaltungen für Unternehmen hervor.

Er nutzt die Gelegenheit, die diese Aussprache bietet, um vorzuschlagen, dass eine solche Aktivität eines Tages auch in geselliger Atmosphäre für die Mitglieder des Gemeinderats organisiert werden könnte.

Auch Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) hält das Projekt für eine gute Initiative. Sie berichtet, kürzlich mit Herrn Jeff Henckels über die Schwierigkeiten des Vereins gesprochen zu haben, neue Mitglieder, insbesondere Jugendliche, zu gewinnen. Ihrer Meinung nach könnte dieses spielerischere Konzept dazu beitragen, das Bogenschießen einem neuen Publikum näherzubringen und dem Verein neue Impulse zu verleihen.

Gemeinderat Jean-Claude Roob (LSAP) äußert kurz Bedenken hinsichtlich der Sicherheit.

Schöffin Anne Arend (CSV) beruhigt ihn und erklärt, dass das gesamte Konzept gerade auf eine sichere Ausübung ausgelegt sei und sich für größere Gruppen, etwa in Schulen oder bei öffentlichen Veranstaltungen, eigne. Sie ergänzt, dass dieses System zudem weniger Betreuer erfordert als das klassische Bogenschießen.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) knüpft anschließend an die vorangegangene Diskussion über Erste-Hilfe-Kurse an. Er erinnert daran, wie wichtig eine regelmäßige Auffrischung derartiger Kurse ist, und hält es für sinnvoll, lokale Vereine stärker zu ermutigen, entsprechende Initiativen selbst zu organisieren.

Schöffin Anne Arend (CSV) bestätigt, dass diese Überlegungen im Rahmen der Arbeiten der Kommission für Sport und Vereine aufgegriffen werden.

Der außerordentliche Zuschuss wird anschließend zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

10. Festlegung der Verkaufspreise für Getränke bei kulturellen Veranstaltungen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erläutert, dass die Gemeinde bislang über keine Gebührenordnung verfüge, die den Verkauf von Getränken bei direkt von der Gemeinde organisierten Veranstaltungen ermöglicht. Diese Situation habe sich insbesondere bei einer kulturellen Abendveranstaltung im Centre Barblé gezeigt, bei der die Getränke mangels einer rechtlichen Grundlage kostenlos ausgegeben werden mussten.

Um solche Probleme künftig zu vermeiden, schlägt der Schöfferrat daher die Verabschiedung einer Gebührenordnung vor, in der die Preise für Getränke festgelegt werden, die bei kommunalen Veranstaltungen verkauft werden dürfen, insbesondere im Centre Barblé oder bei Veranstaltungen im Wald.

Der Bürgermeister ergänzt, dass die vorgeschlagenen Preise sich an den in der Gemeinde üblichen Preisen orientieren. Er schlägt außerdem vor, auf Wunsch mehrerer örtlicher Vereine eine Zeile für Crémant hinzuzufügen und den Preis auf 5 Euro pro Glas beziehungsweise 25 Euro pro Flasche festzusetzen.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) meldet sich zu Wort und fordert, ausdrücklich festzuhalten, dass Leitungswasser kostenlos abgegeben wird. Nico Pundel (CSV) erwidert, dass dies bei den von der Gemeinde im Centre Barblé organisierten Veranstaltungen bereits der Fall sei. Er weist jedoch darauf hin, dass im Wald die Qualität des verfügbaren Wassers es nicht zulasse, Leitungswasser anzubieten, weshalb dort ausschließlich Wasser in Flaschen verkauft werde.

Anschließend erkundigt sich Gemeinderat Marc Fischer (DP) beim Schöffenkolegium nach den Eintrittspreisen für kulturelle Veranstaltungen.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass es bereits eine separate Gebührenordnung für Eintrittsgelder gibt, wobei der Tarif derzeit auf 8 Euro festgelegt ist. Er weist jedoch darauf hin, dass derzeit geprüft wird, je nach Umfang oder Kosten der Veranstaltungen mehrere Tarifkategorien einzuführen.

Schöffin Anne Arend (CSV) ergänzt diesbezüglich, dass derzeit ein umfassender Katalog sämtlicher kommunaler Gebühren ausgearbeitet werde.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) spricht sich ebenfalls für die kostenlose Abgabe von Leitungswasser aus und verweist auf die in den vergangenen Jahren durchgeführten nationalen Sensibilisierungskampagnen, die den kostenlosen Zugang zu Trinkwasser fördern.

Er ist jedoch der Ansicht, dass der Preis für Flaschenwasser niedriger sein solle als der für zuckerhaltige Getränke, um Anreize zu geben, sich für gesündere Getränke zu entscheiden. Er betont, dass im vorliegenden Entwurf Flaschenwasser zum gleichen Preis wie Softdrinks verkauft wird.

Schöffin Anne Arend (CSV) erinnert daran, dass diese Grundsätze bereits in der kommunalen Öko-Charta für Vereine verankert sind.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erläutert anschließend, dass die Entscheidung, für die meisten Getränke einen einheitlichen Preis von 2,50 Euro festzulegen, in erster Linie praktischen Erwägungen diene und einen schnellen Ausschank ohne komplexe Berechnung

unterschiedlicher Preise ermögliche. Er fügt hinzu, dass bestimmte Säfte oder sogar Wasser in Flaschen ebenfalls mit erheblichen Einkaufskosten verbunden seien.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) schlägt schließlich vor, die verkauften Mengen – beispielsweise die Flaschengröße oder das Glasvolumen – genau anzugeben, um jegliche Unklarheiten zu vermeiden.

Der Bürgermeister bestätigt, dass ausschließlich kleine Wasserflaschen verkauft werden, und schlägt abschließend vor, auch Kaffee, Tee und heiße Schokolade in die Liste der Getränke aufzunehmen, die zum Einheitspreis von 2,50 Euro angeboten werden.

Die Gebührenordnung wird anschließend zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

11. Genehmigung einer Reihe von Nutzungsverträgen für Gemeinschaftsgärten.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) erklärt, dass es sich wie jedes Jahr um die Verlängerung und Neuzuteilung mehrerer Gemeinschaftsgärten handelt.

Sie weist darauf hin, dass einige Gärtner ihre Parzelle regelmäßig im Winter aufgeben oder sie trotz Mahnungen seitens der Gemeinde nicht mehr ordnungsgemäß bewirtschaften. Die frei gewordenen Parzellen werden dann den Personen auf der Warteliste angeboten. Sie fügt hinzu, dass manche Personen auch beantragen, einen größeren Garten zugewiesen zu bekommen, sobald eine größere Parzelle frei wird.

Die Pachtpreise bleiben unverändert: 25 Euro pro Jahr für einen kleinen Garten und 50 Euro pro Jahr für einen großen Garten.

Die Schöffin gibt an, dass derzeit noch sieben Personen auf der Warteliste stehen.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) erhebt keine Einwände, weist jedoch darauf hin, dass die Abstimmung relativ spät in der Saison erfolgt, da die Gärtner in der Regel bereits mit ihren Pflanzarbeiten für das Frühjahr begonnen haben.

Er schlägt vor, diesen Punkt künftig früher im Jahr zu behandeln, damit die Pächter sich besser organisieren können.

Die Verträge werden anschließend zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

12. Verabschiedung einer Regelung über die Gewährung einer finanziellen Beihilfe an Privatpersonen zur Bekämpfung der Ausbreitung der asiatischen Hornisse.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) erläutert, dass der Staat mittlerweile finanzielle Beihilfen für die Vernichtung von Nestern der asiatischen Hornisse gewährt. Die Gemeinde schlägt daher vor, den nach Abzug der staatlichen Unterstützung verbleibenden Kostenanteil zu übernehmen.

Sie weist außerdem darauf hin, dass die Terminologie der Regelung angepasst wurde. Die vom Staat verwendete Einteilung unterscheidet nun zwischen „Embryonalnestern“, „Primärnestern“ und „Sekundärnestern“. Embryonalnester entsprechen den frühesten Entwicklungsstadien eines Nestes, während Sekundärnester später in größerem Umfang im Umfeld eines bereits bestehenden Nestes entstehen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) fasst das Prinzip der Regelung zusammen: Die Gemeinde übernimmt den nach Gewährung der staatlichen Beihilfe verbleibenden Eigenanteil der Privatpersonen.

Er fügt hinzu, dass die praktischen Abläufe noch präzisiert werden müssen, insbesondere im Hinblick darauf, wie die Bürger je nach ihrem Vorgehen begleitet werden sollen – je nachdem, ob sie sich unmittelbar an den Staat oder zunächst an die Gemeinde wenden. Einige Einwohner werden die staatlichen Verfahren direkt in Anspruch nehmen, während andere sich zunächst an die Gemeindeverwaltung wenden, um an spezialisierte Unternehmen verwiesen und über die erforderlichen administrativen Schritte informiert zu werden.

Die Regelung wird anschließend zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

13. Grundsatzbeschluss über die Nutzung einer bestehenden Infrastruktur durch das ONA zur vorübergehenden Unterbringung von Antragstellern auf internationalen Schutz.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) leitet den Tagesordnungspunkt ein und erklärt, dass es sich noch nicht um einen endgültigen Beschluss handele, sondern um eine vom Ministerium angeforderte Absichtserklärung bezüglich der Nutzung des ehemaligen Hotels Olivier als vorübergehende Unterbringungsmöglichkeit für Personen, die internationalen Schutz beantragen.

Er führt aus, dass kürzlich ein Treffen mit Vertretern des Ministeriums stattgefunden habe, um die konkreten Modalitäten des Projekts zu erörtern. Mehrere Punkte haben jedoch seitens der Gemeinde Fragen aufgeworfen, insbesondere die vom ONA vorgesehene Belegungsdichte. Nach den vorgelegten ersten Schätzungen könnten in den 54 verfügbaren Zimmern bis zu 250 Personen untergebracht werden, wobei von einer Fläche von etwa sechs Quadratmetern pro Person ausgegangen wird.

Der Bürgermeister hält diese Zahl für unrealistisch und kündigt an, dass die Gemeinde vor einer Unterzeichnung ihre eigenen Bedingungen festlegen möchte. Er schlägt insbesondere vor, die Belegung zunächst auf zwei Personen pro Zimmer zu begrenzen, was einer Gesamtzahl von rund 108 Bewohnern entsprechen würde. Darüber hinaus regt er an, die Zahl der aufzunehmenden Kinder zu begrenzen, um die Kapazitäten der Gemeinde, insbesondere im schulischen Bereich, nicht zu überlasten.

Außerdem nennt er mehrere Anforderungen, die die Gemeinde gerne in die Vereinbarung aufnehmen möchte, wie beispielsweise die Einrichtung eines kleinen Spielplatzes auf dem hinteren Parkplatz oder eine verstärkte sozialpädagogische Betreuung durch staatliche Stellen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erinnert zudem daran, dass die Gemeinde zu Beginn des Krieges in der Ukraine bereits etwa 80 ukrainische Flüchtlinge ohne größere Schwierigkeiten aufgenommen hatte, und betont, dass die Aufnahme von Flüchtlingen auch eine gemeinschaftliche Verantwortung darstelle.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) spricht sich grundsätzlich für einen solidarischen Beitrag seitens der Gemeinde aus, ist jedoch der Ansicht, dass klare Grenzen gesetzt werden müssen, die mit den anderen bereits auf dem Gemeindegebiet geplanten Unterbringungsprojekten vereinbar seien. Er bittet darum, dass sämtliche bestehenden oder in Diskussion befindlichen Einrichtungen im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes berücksichtigt werden.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) teilt diese Einschätzung und erinnert daran, dass derzeit weitere Unterbringungsprojekte in der Gemeinde diskutiert werden. Er hält es daher für wichtig, eine angemessene Obergrenze für Strassen festzulegen, um eine übermäßige Konzentration zu vermeiden.

Er betont zudem, dass derzeit nur 35 luxemburgische Gemeinden ONA-Einrichtungen beherbergen, obwohl es landesweit 74 solcher Einrichtungen gibt.

Der Bürgermeister geht anschließend auf die konkreten Folgen für die Gemeindedienste ein. Er weist insbesondere darauf hin, dass die Aufnahme von etwa hundert zusätzlichen Personen unweigerlich eine erhebliche Belastung für das kommunale Sozialamt mit sich bringen werde. Seiner Ansicht nach müsse die Gemeinde weitere Unterstützung vom Staat beantragen, insbesondere in Form von zusätzlichem sozialpädagogischem Fachpersonal.

Auch Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) macht auf die längerfristigen Folgen im Bereich der Sozialwohnungen aufmerksam. Er weist darauf hin, dass einige der vorübergehend untergebrachten Personen sich anschließend dauerhaft in der Gemeinde niederlassen und Zugang zu bezahlbarem Wohnraum erhalten möchten. Er schlägt daher vor, die Einrichtung einer speziellen Kommission in Erwägung zu ziehen, die für eine transparente und ausgewogene Bearbeitung der Anträge auf Sozialwohnungen zuständig sein soll.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) räumt ein, dass der Druck im Bereich Wohnungsmarkt bereits heute ein großes Problem für die Gemeinde darstellt. Er betont, dass Strassen über besonders attraktive schulische, soziale, sportliche und verkehrstechnische

Infrastrukturen verfügt, was erklärt, warum Familien, die sich in der Gemeinde niedergelassen haben, diese selten wieder verlassen möchten.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) dankt dem Bürgermeister dafür, dass er die Mitglieder des Gemeinderats in die Vorbereitungssitzung mit dem Ministerium einbezogen hat. Sie ist der Ansicht, dass das Projekt in seiner Gesamtheit betrachtet werden muss, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Schule, die Betreuungseinrichtungen, das Sozialamt und die Integrationskapazitäten der Gemeinde.

Sie betont insbesondere die Notwendigkeit, vom MENJE Zusicherungen hinsichtlich der schulischen Ressourcen und der Betreuung der betroffenen Kinder zu erhalten, von denen einige möglicherweise traumatische Situationen erlebt haben.

Auch Gemeinderat Dan Thein (DP) unterstützt den Grundsatz einer Aufnahme in überschaubarem Rahmen. Aufgrund seiner beruflichen Erfahrung im Bildungswesen betont er, dass kleinere Einrichtungen in der Regel eine bessere sprachliche und soziale Integration der Kinder begünstigen.

Er weist zudem darauf hin, dass die örtlichen Vereine eine wesentliche Rolle bei dieser Integration spielen werden und dass die Ankunft neuer Einwohner unweigerlich Auswirkungen auf das Vereinsleben und die sportlichen Infrastrukturen der Gemeinde haben wird.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) fasst abschließend zusammen, dass jede Zunahme der Einwohnerzahl zwangsläufig Auswirkungen auf die Gemeindedienststellen und die örtliche Infrastruktur mit sich bringe.

Der Gemeinderat beschließt schließlich einstimmig, das Schöffenkolegium damit zu beauftragen, eine Liste konkreter Bedingungen auszuarbeiten, die dem Ministerium im Rahmen dieser Absichtserklärung übermittelt wird.

14. Urbanismus:

a) Beschluss über die Ausübung eines Vorkaufsrechts

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) legt einen Antrag bezüglich eines Grundstücks von 2,64 Ar vor, das für einen Betrag von 528.000 Euro verkauft werden soll, was rund 200.000 Euro pro Ar entspricht.

Er führt weiter aus, dass die Gemeinde keine konkreten Pläne für dieses Grundstück habe, und schlägt daher vor, auf die Ausübung des Vorkaufsrechts zu verzichten, um der erwerbenden Familie den Kauf des Grundstücks zu ermöglichen.

Der Beschluss wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

b) Beschluss im Rahmen eines Antrags auf Parzellierung

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt anschließend einen Antrag auf Parzellierung vor, bei dem es darum geht, ein Grundstück in zwei separate Parzellen aufzuteilen.

Er weist darauf hin, dass das Nachbargrundstück bereits vor einigen Jahren Gegenstand eines ähnlichen Antrags war, der dem Gemeinderat vorgelegt worden war.

Der Antrag auf Parzellierung wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

15. Ernennungen und Rücktritte in den beratenden Kommissionen der Gemeinde.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt mehrere Änderungen hinsichtlich der Zusammensetzung und Arbeitsweise verschiedener kommunaler beratender Kommissionen vor.

Er weist darauf hin, dass den Gemeinderäten eine aktualisierte Fassung der Unterlagen übermittelt wurde. Diese berücksichtigt insbesondere den Rücktritt von Herrn Georges Wiatzmitinoff aus der Kommission für Raumordnung sowie den Vorschlag, dass er durch Herrn Fernand Schmit als neues Mitglied ersetzt wird.

Für die Umweltkommission wird vorgeschlagen, dass Herr Samuel Schmidt die Funktion des Sekretärs über-

nimmt die bisher von Frau Aline Wirtgen übernommen wurde.

Der Bürgermeister weist außerdem darauf hin, dass im „Klimateam“ die Sekretariatsaufgaben künftig gemeinsam von Herrn Samuel Schmidt und Frau Aline Wirtgen übernommen werden.

Schließlich wird für die Mietkommission vorgeschlagen, Herrn Eric Zimmer bis zur vollständigen Einarbeitung der neuen Mitarbeiterinnen des Wohnungsdienstes zum kommissarischen Sekretär zu ernennen.

Die verschiedenen Ernennungen und Änderungen werden zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

16. Verschiedenes.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) eröffnet diesen Tagesordnungspunkt mit der Ankündigung, dass bei der nächsten Sitzung eine erste Testphase für die Videoaufzeichnung der Gemeinderatssitzungen gestartet wird. Ziel ist es, die Qualität der aufgenommenen Bilder zu bewerten und festzustellen, ob das System den Anforderungen entspricht oder ob eine andere technische Lösung in Betracht gezogen werden muss.

Gemeinderat Laurent Braun (CSV) weist darauf hin, dass es an Abfalleimern fehlt, insbesondere in den Damentoilettenkabinen des neuen Fußballstadions. Der Bürgermeister antwortet, dass dort Abfalleimer aufgestellt werden.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) kommt auf die jüngsten Vandalismusvorfälle in einer Schule in Bettemburg zurück, über die in der Presse ausführlich berichtet wurde, und erinnert daran, dass es in der Gemeinde Strassen in der Vergangenheit bereits zu ähnlichen Vorfällen gekommen sei, insbesondere im ehemaligen Schulpavillon sowie bei der Saint-Exupéry-Schule. Er bittet um einen Überblick über die seitdem ergriffenen Sicherheitsmaßnahmen, insbesondere über die geplante Videoüberwachung.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass bislang noch keine Kameras installiert worden seien, da die

verwaltungsrechtlichen und gesetzlichen Verfahren komplex seien. Die Gemeinde arbeite jedoch mit der Polizei zusammen, um ein Projekt zu entwickeln, das den rechtlichen Vorgaben entspreche. Er fügt hinzu, dass die nächtlichen Kontrollgänge durch einen Beamten mit Hund die Lage offenbar beruhigt hätten.

Bezüglich der an der Schule Saint-Exupéry verursachten Sachschäden bestätigt er, dass den Familien der beteiligten Jugendlichen Rechnungen über den entstandenen Schaden zugestellt wurden. Es handelte sich um beträchtliche Beträge – insgesamt etwa 20.000 Euro, also etwa 4.000 Euro pro betroffenem Jugendlicher – und seines Wissens seien diese inzwischen beglichen worden.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) kommt anschließend auf eine Anfrage zurück, der bereits bei einer früheren Gemeinderatssitzung gestellt wurde: den Gemeinderäten den Zugang zum Hauptgebäude der Gemeinde mittels eines Chips oder Badge zu ermöglichen, insbesondere bei Trauungen, Sitzungen oder Kommissionssitzungen, die abends oder am Wochenende stattfinden.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) weist darauf hin, dass das Schöffenkollegium lieber vermeiden möchte, dass zu viele gesicherte Zugangsmöglichkeiten in Umlauf kommen. Er fügt hinzu, dass keine der befragten Gemeinden den Gemeinderäten Schlüssel oder Badges aushändigt. Seiner Meinung nach stiegen die Risiken umso mehr, je mehr Schlüssel im Umlauf seien.

Schöffin Anne Arend (CSV) bestätigt, dass sie selbst mit diesem Problem konfrontiert gewesen sei, als sie den Vorsitz im Finanzausschuss innehatte, und manchmal warten musste, bis ein Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung anwesend war, um Zugang zum Gebäude zu erhalten.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) erkundigt sich, ob die Räumlichkeiten des Gemeindepavillons abends noch genutzt würden. Der Bürgermeister antwortet, dass der Gemeindepavillon sogar „überbelegt“ sei. Dort finden unter anderem Abendkurse, die Musikschule und andere Schulungen statt. Die Verwaltung der Räume werde nunmehr durch die Gemeindeportiers gewährleistet.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) weist darauf hin, dass einige Gemeinden derzeit Halterungen an Laternenmasten testen, an denen die Einwohner ihre Valorlux-Säcke befestigen können. Der Bürgermeister bestätigt, dass derzeit eine Testphase läuft und die Gemeinde dieses Thema im Auge behält.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden teilt anschließend mit, dass der SICEC einen staatlichen Zuschuss in Höhe von 2,6 Millionen Euro für den Ausbau des Krematoriums erhalten hat. Diese Förderung dürfte dazu beitragen, den finanziellen Beitrag der Mitgliedsgemeinden zu senken.

Die Gemeinderätin weist zudem auf die Streichung der Buslinie 31 hin, die nun mit der Linie 19, die über Limpertsberg fährt, zusammengelegt wurde. Sie erkundigt sich, ob die Gemeinde über diese Änderung informiert worden sei, zumal Strassen sich an der Finanzierung bestimmter Linien beteilige.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erwidert, dass die Gemeinde lediglich bestimmte spezifische Verbindungen mitfinanziert, insbesondere in Richtung Reckenthal und CHL. Er geht davon aus, dass diese Information in einer der zahlreichen Mitteilungen der Verkehrsbetriebe enthalten war.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) betont jedoch, dass sich durch die neue Route die Fahrzeiten ins Stadtzentrum erheblich verlängern, auch wenn die Busse nun häufiger fahren.

Gemeinderat Daniel Thein (DP) kommt auf eine kürzlich im „Luxemburger Wort“ veröffentlichte ausführliche Reportage über die Gemeinde Strassen zurück. Er fragt, von wem die Initiative dazu ausgegangen sei und ob sich die Gemeinde finanziell an der Veröffentlichung beteiligt habe.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Initiative ausschließlich von der Zeitung ausging. Die Gemeinde habe lediglich einige Fragen beantwortet und zugestimmt, eine Werbeanzeige für das neue Chalet „Beim Fräiheetsbam“ zu schalten, ohne die Reportage selbst in Auftrag zu geben oder zu finanzieren.

Gemeinderat Daniel Thein bemerkt mit einem Augenzwinkern, dass der Artikel den Eindruck vermittele, Strassen ähnele dem „Garten Eden“.

Anschließend schlägt er vor, ein automatisiertes Parkraummanagementsystem rund um die Sportanlagen zu prüfen, nach dem Vorbild bestimmter Parkplätze für den Einzelhandel, bei denen die Kfz-Kennzeichen automatisch erkannt werden. Ziel wäre es, das Parken rund um den Komplex „Les Thermes“ und die Fußballplätze zu vereinfachen.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass derzeit ein neuer Parkplatz mit rund 90 Stellplätzen angelegt wird und dass er es vorziehe, dessen vollständige Inbetriebnahme abzuwarten, bevor weitere Anpassungen in Betracht gezogen werden.

Der Gemeinderat weist zudem auf die Parkprobleme bei Sportveranstaltungen hin, insbesondere bei Fußballspielen oder -turnieren; selbst der Parkplatz Saint-Exupéry sei dann vollständig belegt.

Gemeinderat Daniel Thein weist zudem darauf hin, dass auf dem Kunstrasenplatz, wenn die jüngeren Altersklassen auf verkleinerten Spielfeldern spielen, die Bälle häufig hinter die Tore fliegen und dabei die Fenster oder die Ausstattung der Erfrischungsbar beschädigen könnten. Er schlägt vor, Schutznetze anzubringen. Der Bürgermeister erwidert, dass diese Anregung geprüft werde.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) kommt auf die differenzierte Mahd von Grünflächen zurück. Sie erwähnt insbesondere einen Park zwischen den Wohngebieten „Pescher 2“ und „Pescher 3“, in dem das Gras sehr hoch gewachsen ist, obwohl kleine Kinder und Kindertagesstätten diesen Ort nutzen.

Sie plädiert für einen Kompromiss, der es ermöglicht, sowohl die Artenvielfalt zu erhalten als auch bestimmte Bereiche für Kinder zugänglich zu halten. Der Bürgermeister antwortet, dass diese Anmerkung berücksichtigt werde.

Schließlich spricht Gemeinderat Marc Fischer (DP) die jüngsten Cyberangriffe an, von denen mehrere

öffentliche Einrichtungen betroffen waren, und erkundigt sich, welche Schutzmaßnahmen in Strassen ergriffen werden.

Der Bürgermeister räumt ein, dass die IT-Systeme trotz aller getroffenen Vorsichtsmaßnahmen weiterhin anfällig sind. Er erklärt, dass Hacker immer einen Schritt voraus seien und dass ein schwerwiegender Angriff, wie andernorts auch, den Verwaltungsbetrieb der Gemeinde erheblich beeinträchtigen könne.

Er weist darauf hin, dass Sicherungskopien vorhanden sind und dass die Gemeinde derzeit an einem umfassenden Resilienzplan arbeitet, der unter anderem auf dem Erfahrungsaustausch mit der Stadt Esch-sur-Alzette basiert.

Gemeinderat Daniel Thein fragt daraufhin, ob die Datensicherungen physisch im selben Gemeindegebäude gelagert werden. Der Gemeindesekretär stellt klar, dass dies nicht der Fall sei: Die Sicherungskopien würden extern verwahrt und befänden sich nicht im Hauptgebäude der Gemeinde.

17. Personalangelegenheiten .

a) Beschluss über die Verkürzung der Einarbeitungszeit eines Gemeindebediensteten

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass Frau Deborah Bauer innerhalb der Gemeindeverwaltung sehr gute Arbeit leistet. Er weist darauf hin, dass sie die Voraussetzungen für eine Verkürzung ihrer Einarbeitungszeit in ihrer derzeitigen Funktion um zwölf Monate erfüllt. Der Schöffenrat zeigt sich sehr zufrieden mit ihrer Arbeit und schlägt daher vor, dieser Verkürzung zuzustimmen.

Die Verkürzung der Einarbeitungszeit wird einstimmig bewilligt.

b) Beschluss über eine endgültige Ernennung und die Verkürzung der Probezeit eines Gemeindebeamten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

Séance du conseil communal du 16 avril 2026

ORDRE DU JOUR

1. Approbation du procès-verbal de la séance du 05.03.2026.
2. Approbation de plusieurs contrats de bail.
3. Approbation d'une convention avec le MENJE pour une participation financière dans le cadre de la construction de la Maison des jeunes.
4. Mobilité et circulation :
 - a) Adoption d'un règlement temporaire sur la circulation dans le cadre de la coupe scolaire
 - b) Adoption d'un règlement temporaire sur la circulation dans le cadre du « Velo-Summer »
 - c) Confirmation de plusieurs règlements temporaires sur la circulation
5. Approbation du devis estimatif relatif à la construction d'une école avec maison-relais.
6. Adoption d'un devis supplémentaire dans le cadre de travaux à la station de pompage Helfenterbréck.
7. Approbation de la convention AKTIV PLUS pour l'année 2026.
8. Approbation d'une convention pour projets de protection de la nature.
9. Allocation de subsides extraordinaires à des associations locales.
10. Fixation du prix de vente de boissons lors de manifestations culturelles.
11. Approbation d'une série de contrats de mise à dispositions de jardins communaux.
12. Adoption d'un règlement pour l'obtention d'une aide financière aux particuliers dans la lutte contre la propagation du frelon asiatique.
13. Décision de principe quant à l'utilisation par l'ONA d'une infrastructure existante à des fins d'hébergement temporaire pour demandeurs de protection internationale.
14. Urbanisme :
 - a) Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption
 - b) Décision dans le cadre d'une demande de morcellement
15. Nominations et démissions au sein des commissions consultatives locales.
16. Divers.

17. Affaires de personnel

- a) Décision sur la réduction de la période d'initiation d'un employé communal
- b) Décision portant sur une nomination définitive et la réduction de service provisoire d'un fonctionnaire communal (huis clos)

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Anne Arend (CSV) ; Betty Welter-Gaul (LSAP) ; Maryse Bestgen-Martin (déi gréng), échevines. Laurent Braun (CSV) ; Andrew Butler (CSV) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Marc Fischer (DP) ; Nicolas Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Anne-Marie Linden (déi gréng) ; Jean Claude Roob (LSAP) ; Daniel Thein (DP), membres du conseil communal.
Secrétaire : Christian Muller.

ABSENT (EXCUSÉ)

Tun Gierenz (CSV) ; Lise Jørgensen (DP), membres du conseil communal.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ouvre la séance en signalant les absences excusées de plusieurs membres du conseil communal. Il précise que le conseiller Tun Gierenz (CSV) est absent et que le conseiller Laurent Braun (CSV) dispose dès lors du droit de vote à sa place. La conseillère Lise Jørgensen (DP) est également excusée, et le conseiller Daniel Thein (DP) la remplace avec droit de vote.

Le bourgmestre indique ensuite qu'il avait initialement envisagé de modifier l'ordre du jour afin de commencer par le dossier relatif à l'école. Toutefois, en l'absence momentanée de Madame Kunath du bureau d'architectes, il propose finalement de poursuivre la séance selon l'ordre du jour initialement prévu.

1. Approbation du procès-verbal de la séance du 05.03.2026.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ouvre le premier point de l'ordre du jour consacré à l'approbation du procès-verbal de la séance du 5 mars 2026. Aucune remarque ni observation n'est formulée par les membres du conseil communal.

Le procès-verbal est dès lors approuvé sans opposition et transmis pour signature.

2. Approbation de plusieurs contrats de bail.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente deux contrats de bail relatifs à des logements abordables encadrés par un accompagnement social renforcé. Il explique que ces logements seront désormais suivis par deux nouvelles collaboratrices communales, Madame Lynn Schneider et Madame Stephanie Zolver, engagées à partir du 1^{er} juillet afin d'aider les bénéficiaires à retrouver progressivement une autonomie leur permettant, à terme, d'accéder au marché locatif classique.

Le premier contrat concerne une famille, qui emménagera dans un appartement situé au-dessus du centre médical. Le bourgmestre précise qu'il s'agit d'une famille dont deux enfants jumeaux vivent encore au Portugal et qu'un des enfants présents souffre d'un handicap auditif.

Le second contrat concerne une mère de famille vivant actuellement avec ses quatre enfants dans une seule chambre au-dessus d'un café. La famille sera relogée dans une maison appartenant à la commune. Le bourgmestre souligne qu'un des enfants souffre d'un problème cardiaque et insiste sur l'importance d'un accompagnement social rapproché dans ce type de situation particulièrement fragile.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'interroge sur le fait qu'une famille de cinq personnes ait pu vivre dans une seule chambre et demande comment une telle situation peut être tolérée.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que la situation s'est aggravée progressivement avec l'arrivée de nouveaux enfants dans le logement. Il précise que la commune avait initialement refusé d'y enregistrer tous les occupants en raison des conditions inadéquates, mais qu'un refus aurait également privé la famille de certaines aides sociales, notamment les allocations familiales. En collaboration avec l'Office social, la commune a donc cherché une solution de relogement adaptée. Il reconnaît néanmoins que la situation est problématique et souligne la difficulté croissante liée aux chambres meublées et logements précaires.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande ensuite des précisions sur la notion d'« accompagnement social rapproché », notamment sur les personnes chargées de ce suivi et sur les obligations liées à ce type de logement.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que cet accompagnement sera assuré principalement par Madame Lynn Schneider, éducatrice graduée déjà active dans ce domaine, ainsi que par Madame Stephanie Zolver et les services sociaux communaux. Il précise qu'il s'agit d'un travail de proximité visant à aider les familles dans leurs démarches administratives, leur organisation quotidienne et leur stabilité générale, afin de leur permettre de sortir progressivement d'une logique de simple survie.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) ajoute que l'objectif reste également d'aider, lorsque cela est possible, les bénéficiaires à réintégrer le marché locatif ordinaire, même si la situation du logement reste particulièrement difficile.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) nuance toutefois en précisant que certaines personnes, notamment des retraités disposant de très faibles revenus, ne pourront probablement jamais quitter ce type de logement social et doivent pouvoir y vivre dignement à long terme.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) demande enfin si la commune rencontre des situations où certains bénéficiaires ne respectent pas leurs obligations malgré l'accompagnement proposé.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond que la majorité des bénéficiaires respectent les règles fixées. Il reconnaît que certaines personnes rencontrent davantage de difficultés, mais indique qu'aucune situation particulièrement critique n'est actuellement signalée à la commune.

Aucune autre question n'est soulevée. Les deux contrats de bail sont soumis au vote et approuvés à l'unanimité.

3. Approbation d'une convention avec le MENJE pour une participation financière dans le cadre de la construction de la Maison des Jeunes.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente la convention à conclure avec le MENJE dans le cadre de la construction de la Maison des Jeunes. Il rappelle que le devis initial du projet s'élevait à 3.725.000 euros.

Il explique qu'au départ, il n'était pas certain que le ministère accepte de participer financièrement à ce projet, la commune ayant déjà bénéficié par le passé d'une aide pour une Maison des Jeunes. Finalement, le ministère et le Service national de la jeunesse ont confirmé leur soutien, avec une participation maximale de 1,5 million d'euros pour la construction. À cela pourrait encore s'ajouter une participation pour le premier équipement, dont le montant exact reste à préciser.

Le bourgmestre souligne donc qu'il s'agit pour le conseil communal d'approuver la convention et d'accepter cette participation financière. Il mentionne également que le ministre Claude Meisch assistera à l'inauguration de la Maison des Jeunes, prévue le 27 mai.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande une précision concernant le libellé de la convention, notamment la référence au devis introduit avant l'achèvement des travaux. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) confirme que la participation est bien calculée sur base du projet tel qu'il se présente désormais.

La convention est soumise au vote et adoptée à l'unanimité.

4. Mobilité et circulation :

a) Adoption d'un règlement temporaire sur la circulation dans le cadre de la coupe scolaire

b) Adoption d'un règlement temporaire sur la circulation dans le cadre du « Velo-Summer »

c) Confirmation de plusieurs règlements temporaires sur la circulation

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déli gréng) présente plusieurs règlements temporaires de circulation liés à différentes manifestations et aménagements.

Concernant la Coupe scolaire, elle explique que, comme chaque année, des mesures spécifiques seront mises

en place afin de sécuriser le parcours des enfants. Certains tronçons seront temporairement adaptés, notamment entre la rue de l'École et le hall sportif, où la circulation sera limitée afin d'éviter les dépassements des jeunes cyclistes. L'événement aura lieu le vendredi 15 mai entre 14h00 et 16h00.

Pour le « Vëlosummer », elle précise que le parcours restera identique à celui de l'année précédente. Une signalisation spécifique sera installée aux différents carrefours traversés. L'édition 2026 se déroulera du 1er au 16 août. Le 2 août, la commune proposera une journée de lancement du Vëlosummer avec diverses activités pour enfants ainsi que des foodtrucks installés devant le centre Barblé.

Dans le cadre des confirmations de règlements temporaires, l'échevine évoque ensuite l'installation prochaine d'un éclairage le long du PC13, entre la rue du Kiem et la rue de Strassen. Durant les travaux, le chemin concerné sera temporairement fermé. Elle souligne l'importance de cet aménagement, le tronçon étant particulièrement sombre en soirée et régulièrement emprunté par des cyclistes et des piétons.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) demande comment le tracé de la Coupe scolaire est défini et s'interroge notamment sur le choix du parcours actuel.

L'échevine Anne Arend (CSV) explique que le parcours existe déjà depuis plusieurs années et qu'il est simplement adapté en fonction des chantiers en cours. Elle rappelle que les itinéraires ont été modifiés principalement pour des raisons de sécurité. Selon elle, de nombreux enfants ne maîtrisent pas suffisamment le vélo pour circuler sur des axes plus fréquentés, ce qui justifie le choix d'un parcours plus sécurisé à travers des zones résidentielles.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) profite de la discussion sur le nouvel éclairage du PC13 pour proposer l'installation de bancs supplémentaires le long du chemin, rappelant qu'un ancien banc avait été retiré et que le parcours est régulièrement fréquenté par des personnes âgées.

Les règlements temporaires sur la circulation sont ensuite soumis au vote et adoptés à l'unanimité.

5. Approbation du devis estimatif relatif à la construction d'une école avec maison-relais.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) introduit le projet en rappelant qu'il s'agit du plus grand investissement jamais soumis au vote du conseil communal de Strassen, avec un devis estimatif de 58 millions d'euros TTC.

Le projet est présenté comme le résultat d'un long processus de réflexion entamé avant la pandémie de Covid-19, avec la participation d'un groupe de travail réunissant des représentants du conseil communal, de l'école, de la Maison relais et de l'association des parents d'élèves. Plusieurs visites d'écoles existantes avaient également été organisées afin de nourrir la conception du futur bâtiment.

Le bourgmestre explique que la nouvelle école accueillera environ 432 enfants, répartis entre le précoce et l'éducation préscolaire. Le bâtiment fonctionnera par groupes ou « clusters » de quatre salles, favorisant une organisation plus fluide entre école et Maison relais. Il souligne que la cuisine initialement prévue dans le nouveau bâtiment a finalement été retirée du projet, afin de maintenir et de transformer la cuisine existante sur le site de la Blummewiss dans le cadre d'un projet séparé.

Le bâtiment, partiellement avec sous-sol, intégrera des espaces techniques et de stockage, ainsi qu'un système énergétique reposant sur un accumulateur de glace, après l'abandon de la géothermie profonde, devenue trop incertaine en raison des procédures et études supplémentaires nécessaires. La toiture sera largement équipée de panneaux photovoltaïques. Le bourgmestre précise que le bâtiment, malgré sa taille, restera relativement bas et s'intégrera harmonieusement dans le centre du village grâce à une façade travaillée dans des tons sobres et chaleureux.

Le calendrier prévoit, si tout se déroule comme prévu, une mise en service pour la rentrée scolaire 2030/2031. Le bourgmestre précise que 18 millions d'euros de subsides sont actuellement intégrés dans le calcul, en adoptant une approche prudente. Il espère toutefois que le soutien de l'État pourra être plus favorable, notamment si le système de versement des aides

pendant les phases de construction venait à être adapté.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP), qui a participé au groupe de travail, salue la qualité du projet et son intégration dans le centre du village. Elle souligne l'importance des espaces extérieurs, de l'organisation intérieure et du dialogue mené avec le personnel enseignant et les encadrants de la Maisonrelais. Elle estime que le futur bâtiment offrira un environnement de travail et d'apprentissage positif pour les enfants comme pour les équipes. Elle s'informe également sur l'inclusion du mobilier et des équipements techniques dans le devis, notamment les tableaux interactifs, ce qui est confirmé.

L'échevine Anne Arend (CSV) insiste sur la collaboration renforcée entre l'école et la Maison relais. Elle explique que cette dynamique, longtemps discutée, se traduit désormais de manière concrète dans différents projets communs. Selon elle, il est essentiel que les deux structures travaillent ensemble, puisqu'elles accompagnent les mêmes enfants tout au long de la journée.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) met en avant la vision à long terme du projet. Il rappelle que le bâtiment a évolué progressivement au fil des ateliers et des discussions, pour aboutir à une infrastructure pensée pour l'avenir de l'éducation à Strassen. Il souligne également l'opportunité que représente la localisation du projet au cœur du village, sur un terrain communal permettant de maintenir l'école et la maison-relais dans un environnement central et bien connecté.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) précise que ce site scolaire atteindra avec ce projet une forme de saturation. Une fois la nouvelle école construite et les extensions prévues, réalisées sur d'autres bâtiments, il ne sera plus pertinent d'ajouter encore des capacités au même endroit. À long terme, si la commune devait encore grandir, un autre site scolaire devrait être envisagé.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) reconnaît la qualité du projet, tout en attirant l'attention sur son coût exceptionnel. Il rappelle que la commune devra suivre de près sa situation financière, même si l'investissement

répond à un besoin réel. Il exprime une préoccupation plus générale face à l'inflation des grands projets publics.

L'échevine Anne Arend (CSV) répond que le budget est élevé, mais qu'il reste réaliste pour une infrastructure de cette importance et de cette qualité. Elle rappelle que la commune dispose encore de réserves importantes et que les projections financières permettent d'envisager le projet sans dramatiser la situation, tant que les recettes communales se maintiennent.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ajoute que le montant doit être replacé dans le temps, puisque les dépenses s'étaleront sur plusieurs années. Il souligne également que le projet ne se limite pas à une école classique, mais comprend des espaces destinés à accueillir les enfants sur une longue amplitude journalière, du matin jusqu'en début de soirée.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) rejoint la réflexion sur les coûts et invite à toujours maintenir une approche critique en matière de rapport coût-utilité, même lorsqu'il s'agit de projets importants et nécessaires. Il souligne que les exigences luxembourgeoises, notamment réglementaires, contribuent aussi à renchérir ce type de construction.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) revient sur la comparaison avec d'autres bâtiments scolaires, notamment l'école Saint-Exupéry, en rappelant qu'il s'agissait d'une construction modulaire beaucoup plus simple et ancienne. Elle estime que le projet actuel, combinant école et Maison relais, ne peut pas être comparé directement à ce type de bâtiment.

Le conseiller Daniel Thein (DP) remercie pour les explications et s'intéresse plus particulièrement au fonctionnement de l'accumulateur de glace. Les représentants du bureau d'architectes et du project manager expliquent que ce système permet de stocker et d'extraire de l'énergie selon les besoins de chauffage et de refroidissement du bâtiment, en combinaison avec les capteurs et la pompe à chaleur. Le bourgmestre rappelle que la commune devra de plus en plus penser ses bâtiments comme un ensemble énergétique global, dans lequel l'électricité produite sur différents toits communaux sera utilisée là où elle est nécessaire.

Le conseiller Marc Fischer (DP) souligne que le projet lui paraît réussi, bien intégré et de qualité. Il rappelle néanmoins qu'il faut rester attentif à la distinction entre fonctionnalité et ambition architecturale. Il pose également des questions sur l'équipement progressif des salles et sur l'aménagement des toilettes. L'échevine Anne Arend (CSV) précise que les toilettes seront organisées en fonction des demandes exprimées par le personnel enseignant et que les équipements des salles seront adaptés aux besoins réels au moment de l'ouverture, afin d'éviter des acquisitions inutiles.

Après ces échanges, le devis estimatif de 58 millions d'euros TTC est soumis au vote et adopté à l'unanimité.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) remercie ensuite les représentants du bureau d'architectes, du project manager ainsi que Monsieur Claude Feipel, qui accompagne le projet au sein de l'administration communale. Il précise que les soumissions devraient être lancées après le congé collectif.

6. Adoption d'un devis supplémentaire dans le cadre de travaux à la station de pompage Helfenterbréck.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente un devis supplémentaire concernant les travaux réalisés au niveau de la station de pompage et du bassin de rétention des eaux pluviales de Helfenterbréck.

Il rappelle que le projet initial avait été voté en 2021 avec une estimation d'environ 930.000 euros. Lors de l'ouverture des soumissions, le montant avait toutefois déjà fortement augmenté pour atteindre environ 1,4 million d'euros, dans un contexte marqué par la crise de la Covid-19 et la guerre en Ukraine, période durant laquelle les prix de la construction avaient fortement grimpé.

Le bourgmestre explique également que des travaux complémentaires ont été ajoutés en cours de projet. Finalement, le coût total atteint désormais environ 1,873 million d'euros.

Le projet étant réalisé conjointement avec la commune de Bertrange, les frais sont répartis à parts égales entre les deux communes. Toutefois, comme l'Administration de la gestion de l'eau exigeait qu'une seule commune

introduise officiellement le dossier, la commune de Strassen a avancé certains frais d'études et de bureaux d'ingénieurs, qui seront ensuite refacturés à Bertrange afin de rétablir la répartition 50/50.

Dans ce cadre, la participation supplémentaire demandée à la commune de Strassen s'élève à environ 416.000 euros. Une partie des montants avancés sera ensuite récupérée auprès de la commune de Bertrange.

Aucune question supplémentaire n'est soulevée. Le devis supplémentaire est adopté à l'unanimité.

7. Approbation de la convention AKTIV PLUS pour l'année 2026.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) présente la convention annuelle relative au Club Aktiv Plus pour l'année 2026. Elle précise que la convention reste pratiquement inchangée par rapport à l'année précédente et que seules certaines adaptations concernent le personnel.

Elle rappelle que Madame Patricia Petruccioli assure la fonction de chargée de direction à raison de 32 heures par semaine. Madame Carmen Reuland travaille comme éducatrice avec un complément de fonctions administratives. Madame Lara Gerson occupe le poste d'employé de bureau tandis que Madame Sally Muller intervient également comme éducatrice.

L'échevine souligne la satisfaction du ministère ainsi que des plateformes partenaires concernant le travail accompli par l'équipe du Club Aktiv Plus, et plus particulièrement par Madame Patricia Petruccioli.

Elle présente ensuite plusieurs chiffres illustrant l'activité du service. En 2025, le Club Aktiv Plus comptait notamment 77 membres âgés de plus de 90 ans, dont sept hommes et 70 femmes. Parmi les membres de moins de 50 ans, on recensait trois hommes et 13 femmes.

Au total, 5.891 participations aux différentes activités ont été enregistrées au cours de l'année, pour environ 507 participants réguliers. L'âge moyen des membres est de 75 ans, avec une moyenne de 76 ans pour les hommes et de 74 ans pour les femmes.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) détaille également les nombreuses activités organisées par le Club Aktiv Plus : ateliers numériques pour apprendre à utiliser les smartphones, séances de gymnastique douce, activités intergénérationnelles et interculturelles, sorties, repas communautaires, préparations à la retraite ou encore cours de danse.

Elle souligne particulièrement le succès du déjeuner organisé tous les quinze jours, qui rassemble régulièrement entre 60 et 80 participants, voire jusqu'à 150 personnes lors d'événements spéciaux.

L'échevine rappelle également que le Club Aktiv Plus a célébré ses 20 ans l'année précédente en présence d'environ 120 participants et du ministre compétent.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) salue à son tour le dynamisme du Club Aktiv Plus, qu'il considère comme un véritable atout pour les seniors de la commune. Il souligne la diversité des activités proposées ainsi que l'importance sociale de cette structure pour lutter contre l'isolement.

La convention est ensuite soumise au vote et adoptée à l'unanimité.

8. Approbation d'une convention pour projets de protection de la nature.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) présente une convention conclue dans le cadre de projets de protection de la nature en collaboration avec le SICONA et certains exploitants agricoles de la commune.

Elle précise qu'il ne s'agit pas d'un nouveau programme, mais plutôt d'une formalisation administrative de pratiques déjà existantes. La convention vise principalement l'entretien des haies et vergers afin de préserver la biodiversité, notamment la faune et la flore locales ainsi que la continuité des habitats naturels.

L'échevine explique que les agriculteurs mettent les terrains concernés à disposition, tandis que le SICONA se charge des travaux d'entretien, de taille des haies, de plantation et de remplacement d'arbres lorsque cela s'avère nécessaire. Le coût total des interventions prévues cette année s'élève à environ 6.200 euros,

subventionnés à 90 % par l'État, ce qui limite fortement la participation financière de la commune.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) s'interroge toutefois sur le principe de l'intervention communale sur des terrains privés situés à proximité du village. Il explique comprendre l'intérêt des projets dans les zones agricoles ouvertes, mais estime plus délicat que la commune participe à l'entretien de certains vergers privés situés dans le tissu urbain.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) reconnaît que la question mérite réflexion. Il souligne cependant que certains de ces espaces présentent un réel intérêt paysager et écologique pour les habitants. Il évoque notamment un projet visant à transformer une partie du terrain concerné en prairie fleurie accessible visuellement aux riverains. Il rappelle également que la commune avait déjà retiré certains terrains privés de dispositifs similaires par le passé afin de maintenir une certaine cohérence dans l'intervention publique.

Le conseiller Marc Fischer (DP) demande ensuite s'il n'existe pas d'autres acteurs susceptibles de collaborer avec la commune dans ce domaine, estimant que le SICONA revient très fréquemment dans ce type de dossiers.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond que la commune travaille également avec d'autres partenaires, notamment dans des projets liés aux jardins scolaires, à l'insertion professionnelle ou à des structures sociales. Il souligne toutefois que le SICONA reste un partenaire particulier puisqu'il s'agit d'une structure intercommunale spécialisée dans la protection de la nature, alors que les autres acteurs sont généralement des entreprises privées ou des associations conventionnées.

La convention est ensuite soumise au vote et adoptée à l'unanimité.

9. Allocation de subsides extraordinaires à des associations locales.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente une demande de subside extraordinaire introduite par l'association Biker.lu dans le cadre d'un cours de premiers secours organisé en 2023.

Il explique qu'à l'époque, un accord verbal avait été conclu avec Monsieur Fränz Schneider afin d'organiser une formation de premiers secours orientée vers les accidents pouvant survenir en forêt ou lors d'activités sportives. Le bourgmestre précise que ce cours était ouvert au public et ne concernait pas uniquement les membres de l'association.

Il rappelle qu'il avait alors été convenu que la commune prendrait en charge les frais du cours, comme elle le fait régulièrement pour d'autres formations similaires organisées dans l'intérêt général. Toutefois, la facture n'a été transmise qu'en 2026, soit trois ans après l'organisation effective de la formation.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) s'interroge sur les modalités de fonctionnement et estime qu'il pourrait être intéressant, à l'avenir, de réfléchir à une organisation plus structurée et plus transparente de ce type de formations pour les associations locales.

Le bourgmestre confirme que le cours avait bien été annoncé publiquement à l'époque et qu'il ne s'agissait pas d'un avantage particulier accordé à une seule association.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) profite de la discussion pour rappeler que la commune avait déjà organisé par le passé des formations en premiers secours psychologiques avec succès. Il propose d'envisager, à l'avenir, l'organisation régulière de formations de premiers secours accessibles à l'ensemble des clubs et associations de la commune, notamment pour les structures sportives où le risque d'accident est plus élevé.

L'échevine Anne Arend (CSV) accueille favorablement cette proposition. Elle indique que certains clubs, comme le CEP, envisagent déjà d'organiser ce type de formations pour leurs entraîneurs et encadrants. Elle estime pertinent que la commune réfléchisse à un cadre commun permettant de garantir un traitement équitable entre les différentes associations.

Le conseiller Jean-Claude Roob (LSAP) rappelle également que certaines fédérations sportives exigent déjà des recyclages réguliers en matière de premiers secours dans le cadre des formations d'entraîneurs.

Le subside extraordinaire est ensuite soumis au vote et adopté à l'unanimité.

Le point se poursuit avec une seconde demande de subside extraordinaire concernant le club de tir à l'arc.

L'échevine Anne Arend (CSV) explique que le club souhaite acquérir un équipement de type « paint ball » adapté au tir à l'arc, composé notamment d'obstacles et de cibles interactives permettant de pratiquer cette discipline sous une forme plus ludique et sécurisée. Ce matériel utilise des projectiles souples et non des flèches classiques, réduisant considérablement les risques de blessure.

L'échevine souligne que cet équipement ne profitera pas uniquement au club lui-même, mais également à la commune, notamment lors d'événements comme les Nuits du Sport, les fêtes scolaires ou d'autres animations communales auxquelles le club participe régulièrement. Elle précise que ce système permettra de proposer des activités accessibles à un large public sans les contraintes de sécurité liées au tir à l'arc traditionnel.

Dans ce contexte, le collège échevinal propose d'accorder au club un subside correspondant à un tiers du coût du matériel, calculé sur base d'un montant de 7.480 euros, soit une participation communale de 2.493 euros.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) salue une initiative innovante et moderne. Il rappelle que le club avait déjà présenté le projet lors de son assemblée générale. Il souligne également le potentiel de cette activité pour des animations de type « team building » destinées aux entreprises.

Profitant de cette discussion, il propose même qu'une activité de ce type puisse être organisée un jour pour les membres du conseil communal dans un esprit convivial.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) estime également que le projet constitue une bonne initiative. Elle explique avoir récemment échangé avec Monsieur Jeff Henckels au sujet des difficultés rencontrées par le club pour attirer de nouveaux membres, en particulier des jeunes. Selon elle, cette formule plus ludique

pourrait permettre de faire découvrir le tir à l'arc à un nouveau public et contribuer à dynamiser le club.

Le conseiller Jean-Claude Roob (LSAP) s'interroge brièvement sur les questions de sécurité.

L'échevine Anne Arend (CSV) le rassure en précisant que l'ensemble du concept repose précisément sur une pratique sécurisée et adaptée à de grands groupes, notamment dans les écoles ou lors d'événements publics. Elle ajoute que ce système nécessite également moins d'encadrants que le tir à l'arc classique.

Le conseiller Marc Fischer (DP) fait ensuite le lien avec la discussion précédente concernant les formations de premiers secours. Il rappelle l'importance de renouveler régulièrement ce type de formation et estime qu'il pourrait être pertinent d'encourager davantage les associations locales à organiser elles-mêmes ce genre d'initiatives.

L'échevine Anne Arend (CSV) confirme que cette réflexion sera reprise dans le cadre des travaux de la commission des sports et associations.

Le subside extraordinaire est finalement soumis au vote et adopté à l'unanimité.

10. Fixation du prix de vente de boissons lors de manifestations culturelles.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que la commune ne disposait jusqu'à présent d'aucun règlement-taxe permettant la vente de boissons lors d'événements organisés directement par la commune. Cette situation s'était notamment présentée lors d'une soirée culturelle au Centre Barblé, où, faute de base réglementaire, les boissons avaient dû être distribuées gratuitement.

Afin d'éviter ce type de problème à l'avenir, le collège échevinal propose donc l'adoption d'un règlement fixant les prix des boissons pouvant être vendues lors de manifestations communales, notamment au Centre Barblé ou lors d'événements organisés à la forêt.

Le bourgmestre précise que les tarifs proposés ont été alignés sur les prix habituellement pratiqués dans

la commune. Il suggère également d'ajouter une ligne concernant le crémant, avec un prix fixé à 5 euros le verre et 25 euros la bouteille, à la demande de plusieurs associations locales.

Le conseiller Marc Fischer (DP) intervient pour demander que l'eau du robinet soit explicitement gratuite. Nico Pundel (CSV) répond que c'est déjà le cas lors des événements organisés par la commune au Centre Barblé. Il précise toutefois qu'à la forêt, la qualité de l'eau disponible ne permet pas de proposer de l'eau du robinet, raison pour laquelle seule de l'eau en bouteille y est vendue.

Le conseiller Marc Fischer (DP) interroge ensuite le collègue échevinal sur les droits d'entrée aux manifestations culturelles.

Le bourgmestre rappelle qu'un règlement-taxe distinct existe déjà pour les entrées, avec un tarif actuellement fixé à 8 euros. Il indique néanmoins qu'une réflexion est en cours afin d'introduire plusieurs catégories tarifaires selon l'importance ou le coût des événements.

L'échevine Anne Arend (CSV) précise à ce sujet qu'un catalogue général des taxes communales est actuellement en préparation.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) soutient également le principe de gratuité de l'eau du robinet, en rappelant les campagnes nationales de sensibilisation menées ces dernières années en faveur de l'accès gratuit à l'eau potable.

Il estime cependant que le prix de l'eau en bouteille pourrait être inférieur à celui des boissons sucrées afin d'encourager des choix plus sains. Il souligne que, dans le projet actuel, l'eau en bouteille est vendue au même prix que les sodas.

L'échevine Anne Arend (CSV) rappelle que ces principes figurent déjà dans l'Ecocharte communale destinée aux associations.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique ensuite que le choix d'un tarif uniforme à 2,50 euros pour la majorité des boissons répond avant tout à des considérations pratiques, favorisant un service rapide sans calcul complexe de prix différents. Il ajoute que certains jus

ou même l'eau en bouteille représentent également un coût d'achat important.

Le conseiller Marc Fischer (DP) suggère enfin de préciser les quantités vendues – par exemple la taille des bouteilles ou le volume des verres – afin d'éviter toute ambiguïté.

Le bourgmestre confirme que seules de petites bouteilles d'eau sont concernées et propose finalement d'ajouter également le café, le thé et le chocolat chaud à la liste des boissons vendues au tarif unique de 2,50 euros.

Le règlement-taxe est ensuite soumis au vote et adopté à l'unanimité.

11. Approbation d'une série de contrats de mise à dispositions de jardins communaux.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) explique qu'il s'agit, comme chaque année, du renouvellement et de la réattribution de plusieurs jardins communaux.

Elle précise que certains jardiniers abandonnent régulièrement leur parcelle durant l'hiver ou ne l'exploitent plus correctement malgré les rappels adressés par la commune. Les parcelles libérées sont alors proposées aux personnes figurant sur la liste d'attente. Elle ajoute que certaines personnes demandent également à obtenir un jardin plus grand lorsqu'une parcelle plus vaste devient disponible.

Les tarifs restent inchangés : 25 euros par an pour un petit jardin et 50 euros par an pour un grand jardin.

L'échevine indique qu'il reste actuellement encore sept personnes sur la liste d'attente.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) ne formule pas d'opposition, mais fait remarquer que la période de vote intervient relativement tard dans la saison, alors que les jardiniers ont généralement déjà commencé leurs plantations de printemps.

Il suggère qu'à l'avenir, ce point puisse éventuellement être traité plus tôt dans l'année afin de simplifier l'organisation pour les bénéficiaires.

Les contrats sont ensuite soumis au vote et adoptés à l'unanimité.

12. Adoption d'un règlement pour l'obtention d'une aide financière aux particuliers dans la lutte contre la propagation du frelon asiatique.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) explique que l'État accorde désormais des aides financières pour la destruction des nids de frelons asiatiques. La commune propose dès lors de prendre en charge la partie restante des frais qui ne serait pas couverte par le subside étatique.

Elle précise également qu'une adaptation terminologique a été apportée au règlement. Les catégories de nids utilisées par l'État distinguent désormais les « nids embryonnaires », les « nids primaires » et les « nids secondaires ». Les nids embryonnaires correspondent aux tout premiers stades de développement, tandis que les nids secondaires apparaissent ensuite de manière plus importante autour d'un nid déjà établi.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) résume le principe du dispositif : la commune remboursera le solde restant à charge des particuliers après intervention de l'aide étatique.

Il ajoute que les modalités pratiques devront encore être affinées, notamment pour déterminer comment orienter les citoyens selon qu'ils contactent directement l'État ou d'abord la commune. Certains habitants passeront en effet directement par les procédures nationales, tandis que d'autres solliciteront d'abord les services communaux pour être orientés vers les entreprises spécialisées et les démarches administratives à effectuer.

Le règlement est ensuite soumis au vote et adopté à l'unanimité.

13. Décision de principe quant à l'utilisation par l'ONA d'une infrastructure existante à des fins d'hébergement temporaire pour demandeurs de protection internationale.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) introduit le point en expliquant qu'il ne s'agit pas encore d'une décision

définitive, mais d'une lettre d'intention demandée par le ministère concernant l'utilisation de l'ancien Hôtel Olivier comme structure d'hébergement temporaire pour demandeurs de protection internationale.

Il précise qu'une réunion a récemment eu lieu avec des représentants du ministère afin de discuter des modalités concrètes du projet. Plusieurs éléments ont cependant suscité des interrogations de la part de la commune, notamment la densité d'occupation envisagée par l'ONA. Selon les premières estimations présentées, jusqu'à 250 personnes pourraient être hébergées dans les 54 chambres disponibles, sur base d'un calcul d'environ six mètres carrés par personne.

Le bourgmestre estime ce chiffre irréaliste et annonce que la commune souhaite fixer ses propres conditions avant toute signature. Il propose notamment de limiter, dans un premier temps, l'occupation à deux personnes par chambre, soit environ 108 résidents au total. Il suggère également de plafonner le nombre d'enfants accueillis afin de préserver les capacités de la commune, notamment au niveau scolaire.

Par ailleurs, il évoque plusieurs exigences que la commune souhaiterait intégrer dans la convention, comme l'aménagement d'une petite aire de jeux sur le parking arrière ou encore un meilleur encadrement social assuré par les services de l'État.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) rappelle également que la commune avait déjà accueilli environ 80 réfugiés ukrainiens au début de la guerre en Ukraine sans difficultés majeures et souligne que l'accueil de personnes réfugiées constitue aussi une responsabilité collective.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) se dit favorable au principe d'un effort de solidarité de la part de la commune, tout en estimant qu'il convient de fixer des limites claires et cohérentes avec les autres projets d'hébergement déjà envisagés sur le territoire communal. Il demande que l'ensemble des structures existantes ou en discussion soit pris en considération dans une approche globale.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) partage cette analyse et rappelle que d'autres projets d'hébergement

sont actuellement évoqués dans la commune. Il estime dès lors important de fixer un seuil raisonnable pour Strassen afin d'éviter une concentration excessive.

Il souligne également que seules 35 communes luxembourgeoises accueillent actuellement des structures ONA, malgré l'existence de 74 structures au niveau national.

Le bourgmestre insiste ensuite sur les conséquences concrètes pour les services communaux. Il indique notamment que l'arrivée d'une centaine de personnes supplémentaires entraînera inévitablement une charge importante pour l'Office social communal. Selon lui, la commune devra demander un soutien supplémentaire de l'État, notamment sous la forme de personnel social additionnel.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) attire également l'attention sur les conséquences à plus long terme en matière de logement social. Il rappelle que certaines personnes hébergées temporairement souhaiteront ensuite s'installer durablement dans la commune et accéder à des logements abordables. Il propose dès lors de réfléchir à la création d'une commission spécifique chargée d'assurer un traitement transparent et équilibré des demandes de logements sociaux.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) reconnaît que la pression sur le logement constitue déjà aujourd'hui un problème majeur pour la commune. Il souligne que Strassen dispose d'infrastructures scolaires, sociales, sportives et de transports particulièrement attractifs, ce qui explique que les familles installées dans la commune souhaitent rarement la quitter.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) remercie le bourgmestre d'avoir associé les élus à la réunion préparatoire avec le ministère. Elle estime que le projet doit être analysé dans sa globalité, notamment au regard des conséquences pour l'école, les structures d'accueil, l'Office social et les capacités d'intégration de la commune.

Elle insiste particulièrement sur la nécessité d'obtenir des garanties du MENJE concernant les moyens scolaires et l'accompagnement des enfants concernés,

dont certains peuvent avoir vécu des situations traumatisantes.

Le conseiller Dan Thein (DP) soutient lui aussi le principe d'un accueil à taille humaine. Fort de son expérience professionnelle dans l'enseignement, il souligne que des structures plus petites favorisent généralement une meilleure intégration linguistique et sociale des enfants.

Il rappelle également que les associations locales joueront un rôle essentiel dans cette intégration et que l'arrivée de nouveaux habitants aura inévitablement des répercussions sur la vie associative et les infrastructures sportives de la commune.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) conclut en rappelant que toute augmentation de population entraîne nécessairement des conséquences sur les services communaux et les infrastructures locales.

Le conseil communal décide finalement à l'unanimité de mandater le collège échevinal afin d'élaborer une liste de conditions précises qui sera transmise au ministère dans le cadre de cette lettre d'intention.

14. Urbanisme :

a) Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente une demande relative à un terrain de 2,64 ares vendu pour un montant de 528.000 euros, soit environ 200.000 euros l'are.

Il précise ensuite que la commune ne prévoit aucun projet particulier sur cette parcelle et propose dès lors de renoncer à l'exercice du droit de préemption, afin de permettre à la famille acquéreuse de finaliser l'achat du terrain.

La décision est soumise au vote et adoptée à l'unanimité.

b) Décision dans le cadre d'une demande de morcellement

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente ensuite une demande de morcellement visant à diviser un terrain en deux parcelles distinctes.

Il précise que le terrain voisin avait déjà fait l'objet d'un dossier similaire présenté au conseil communal quelques années auparavant.

La demande de morcellement est soumise au vote et adoptée à l'unanimité.

15. Nominations et démissions au sein des commissions consultatives locales.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente plusieurs adaptations concernant la composition et le fonctionnement de différentes commissions consultatives communales.

Il précise qu'une version actualisée des documents a été transmise aux conseillers communaux. Celle-ci inclut notamment la démission de Monsieur Georges WIATZMITINOFF de la commission de l'aménagement ainsi que la proposition de nommer Monsieur Fernand Schmit comme membre remplaçant.

Concernant la commission de l'environnement, il est proposé de remplacer Madame Aline Wirtgen dans la fonction de secrétaire par Monsieur Samuel Schmidt.

Le bourgmestre indique également que, dans le cadre du « Klimateam », les fonctions de secrétariat seront désormais assurées conjointement par Monsieur Samuel Schmidt et Madame Aline Wirtgen.

Enfin, pour la commission des loyers, il est proposé de désigner Monsieur Eric Zimmer comme secrétaire par intérim, dans l'attente de l'intégration complète des nouvelles collaboratrices du service logement.

Les différentes nominations et modifications sont soumises au vote et adoptées à l'unanimité.

16. Divers.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ouvre le point en annonçant qu'une première phase de test pour filmer

le conseil communal sera lancée lors de la prochaine séance. L'objectif est d'évaluer la qualité des images obtenues et de déterminer si le système est adapté ou s'il faudra envisager une autre solution technique.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) signale qu'il manque des poubelles, notamment dans les cabines des toilettes pour femmes du nouveau stade de football. Le bourgmestre répond que des poubelles seront ajoutées.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) revient sur les récents actes de vandalisme commis dans une école de Bettembourg, largement relayés par la presse, et rappelle que la commune de Strassen avait déjà connu des incidents similaires par le passé, notamment à l'ancien pavillon scolaire ainsi qu'à l'école Saint-Exupéry. Il demande un état des lieux concernant les mesures de sécurité prises depuis lors, notamment les projets de vidéosurveillance.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique qu'aucune caméra n'est encore installée, car les procédures administratives et légales sont complexes. La commune travaille néanmoins avec la police afin de développer un projet conforme à la réglementation. Il précise également que les rondes de surveillance effectuées la nuit par un agent accompagné d'un chien semblent avoir calmé la situation.

Concernant les dégâts commis à l'école Saint-Exupéry, il confirme que les familles des jeunes impliqués ont reçu des factures de remboursement. Les montants étaient importants – environ 20.000 euros au total, soit environ 4.000 euros par jeune concerné – et, à sa connaissance, les paiements ont été effectués.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) revient ensuite sur une demande déjà formulée lors d'un précédent conseil communal : permettre aux conseillers communaux d'accéder au bâtiment principal de la commune au moyen d'une puce ou d'un badge, notamment lors des mariages, réunions ou commissions organisées en soirée ou le week-end.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) indique que le collège échevinal préfère éviter une multiplication

des accès sécurisés. Il explique qu'aucune autre commune consultée ne remet clés ou badges aux conseillers communaux. Selon lui, plus il existe de clés en circulation, plus les risques augmentent.

L'échevine Anne Arend (CSV) confirme avoir elle-même rencontré ce type de difficultés lorsqu'elle présidait la commission des finances, devant parfois attendre qu'une personne du personnel communal soit présente pour pouvoir accéder au bâtiment.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande si les locaux du pavillon communal sont toujours occupés en soirée. Le bourgmestre répond que le pavillon est même « sur-occupé ». Il accueille notamment des cours du soir, l'école de musique et d'autres formations. Une gestion spécifique des salles est désormais assurée par les portiers communaux.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) évoque certaines communes qui testent des supports fixés aux lampadaires afin que les habitants puissent suspendre leurs sacs Valorlux. Le bourgmestre confirme qu'une phase de test est en cours et que la commune suit ce dossier.

La conseillère Anne-Marie Linden informe ensuite que le SICEC a obtenu un subside étatique de 2,6 millions d'euros pour l'extension du crématorium. Cette aide devrait permettre de réduire la contribution financière demandée aux communes membres.

La conseillère signale également la disparition de la ligne de bus 31, désormais fusionnée avec la ligne 19 passant par le Limpertsberg. Elle demande si la commune avait été informée de ce changement, d'autant plus que Strassen participe au financement de certaines lignes.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond que la commune cofinance uniquement certaines dessertes spécifiques, notamment vers le Reckenthal et le CHL, et suppose que l'information figurait dans les nombreuses communications transmises par les services de transport.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) souligne toutefois que le nouvel itinéraire rallonge fortement

les trajets vers le centre-ville, même si la fréquence des bus a augmenté.

Le conseiller Daniel Thein (DP) revient sur un long reportage récemment publié dans le Luxemburger Wort consacré à la commune de Strassen. Il demande qui en est à l'origine et si la commune a participé financièrement à sa publication.

Le bourgmestre explique que l'initiative venait entièrement du journal. La commune a simplement répondu à quelques questions et a accepté d'insérer une annonce publicitaire concernant le nouveau chalet »Beim Fräiheetsbam«, sans commander ni financer le reportage lui-même.

Le conseiller Daniel Thein remarque avec humour que l'article donnait l'impression que Strassen ressemblait au « jardin d'Éden ».

Il propose ensuite d'étudier un système automatisé de gestion des parkings autour des infrastructures sportives, inspiré de certains parkings commerciaux où les plaques d'immatriculation sont reconnues automatiquement. L'objectif serait de simplifier le stationnement autour du complexe Les Thermes et des terrains de football.

Le bourgmestre rappelle qu'un nouveau parking d'environ 90 places est en cours d'aménagement et qu'il préfère attendre son ouverture complète avant d'envisager d'autres adaptations.

Le conseiller attire également l'attention sur les difficultés de stationnement lors des événements sportifs, notamment pendant les matchs ou compétitions de football, où même les parking de Saint-Exupéry devient saturé.

Le conseiller Daniel Thein signale encore qu'au terrain synthétique, lorsque les plus jeunes jouent sur des terrains réduits, les ballons passent fréquemment derrière les buts et risquent d'endommager les vitres ou le matériel de la buvette. Il suggère l'installation de filets de protection. Le bourgmestre répond que cette remarque sera examinée.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) revient sur la politique de fauchage différencié des espaces verts. Elle évoque notamment un parc situé entre les quartiers « Pescher 2 » et « Pescher 3 », où l'herbe est devenue très haute malgré la présence de jeunes enfants et de crèches fréquentant les lieux.

Elle plaide pour un compromis permettant à la fois de préserver la biodiversité et de maintenir certains espaces accessibles aux enfants. Le bourgmestre répond que cette remarque sera prise en considération.

Le conseiller Marc Fischer (DP) évoque enfin les récentes cyberattaques ayant touché plusieurs institutions publiques et demande quelles mesures de protection sont mises en place à Strassen.

Le bourgmestre reconnaît que les systèmes informatiques restent vulnérables malgré toutes les précautions prises. Il explique que les hackers gardent toujours une longueur d'avance et que, comme partout ailleurs, une attaque sérieuse pourrait fortement perturber le fonctionnement administratif communal.

Il précise que des sauvegardes existent et que la commune travaille actuellement sur un plan global de résilience, inspiré notamment d'échanges avec la ville d'Esch-sur-Alzette.

Le conseiller Daniel Thein demande alors si les sauvegardes informatiques sont stockées physiquement dans le même bâtiment communal. Le secrétaire communal précise que ce n'est pas le cas : les sauvegardes sont externalisées et ne se trouvent pas dans le bâtiment principal de la commune.

17. Affaires de personnel :

a) Décision sur la réduction de la période d'initiation d'un employé communal

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que Madame Deborah Bauer accomplit un travail de très bonne qualité au sein de l'administration communale. Il précise qu'elle remplit les conditions permettant une réduction de douze mois de sa période d'initiation dans sa fonction actuelle. Le collègue échevinal se dit très satisfait de son travail et propose donc d'accorder cette réduction de stage.

La réduction de la période d'initiation est accordée à l'unanimité.

b) Décision portant sur une nomination définitive et la réduction de service provisoire d'un fonctionnaire communal (huis clos)

Meeting of the Municipal Council of 16 April 2026

AGENDA

1. Approval of the minutes of the meeting of 5 March 2026.
2. Approval of several leases.
3. Approval of an agreement with the Ministry of Education, Children and Youth (MENJE) for financial support towards the construction of the Maison des Jeunes (youth club).
4. Mobility and traffic:
 - a) Adoption of special temporary traffic regulations for the School Cup
 - b) Adoption of temporary traffic regulations for the “Vêlosummer” event
 - c) Confirmation of several temporary traffic regulations
5. Approval of the estimate for the construction of a school with a Maison Relais.
6. Adoption of an additional estimate for works at the Helfenterbréck pumping station.
7. Approval of the CLUB AKTIV PLUS agreement for 2026.
8. Approval of an agreement for nature conservation projects.
9. Allocation of special grants to local associations.
10. Drink prices at cultural events.
11. Approval of several municipal garden contracts.
12. Adoption of a financial aid regulation for residents to fight Asian hornets.
13. Decision in principle regarding the use of existing infrastructures by the National Reception Office (ONA) for the temporary accommodation of applicants for international protection.
14. Urban planning:
 - a) Decision regarding the exercise of a right of pre-emption
 - b) Decision regarding a subdivision application
15. Appointments and resignations in local committees.
16. Any other business.
17. Staff matters:
 - a) Decision regarding a request for a shortened induction period

- b) Decision concerning the permanent appointment and temporary reduction in working hours of a municipal civil servant (behind closed doors)

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi gréng), alderwomen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi gréng); Jean Claude Roob (LSAP); Daniel Thein (DP), members of the Municipal Council. Secretary: Christian Muller.

ABSENT (EXCUSED)

Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP), members of the Municipal Council.

Mayor Nico Pundel (CSV) opened the meeting by noting the excused absences of several members of the Municipal Council. He announced that Councillor Laurent Braun (CSV) had been given a proxy for Councillor Tun Gierenz (CSV), and that Councillor Daniel Thein (DP) had a proxy for Councillor Lise Jørgensen (DP).

The Mayor then stated that he had initially considered amending the agenda to begin with the school-related item. However, due to Ms Kunath's temporary absence from architectural firm, he ultimately proposed proceeding with the agenda as originally planned.

1. Approval of the minutes of the meeting of 5 March 2026.

Mayor Nico Pundel (CSV) opened the first item on the agenda, which concerned the approval of the minutes of the meeting of 5 March 2026. The councillors made no comments or observations, so the minutes were approved without objection and forwarded for signature.

2. Approval of several leases.

Mayor Nico Pundel (CSV) presented two leases for affordable housing provided with increased social support. He explained that these properties would henceforth be managed by two new municipal staff members, Ms Lynn Schneider and Ms Stephanie Zolver, who would take up their posts on 1 July to help the tenants gradually regain their independence and help them access the mainstream rental market in the long term.

The first lease was aimed at a family who would be moving into a flat above the Medical Centre. The Mayor explained that this family had twins who still lived in Portugal and that one of the children living with them had a hearing impairment.

The second lease was for a mother currently living with her four children in a single room above a café. The family would be rehoused in a house owned by the Municipality. The Mayor said one of the children had a heart condition and stressed the importance of close social support in this particularly vulnerable situation.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked how a family of five could possibly have been living in a single room and how this could be tolerated.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that the situation had gradually worsened with the arrival of new children at the accommodation. He pointed out that the municipal authorities had initially refused to register all the occupants at that address because of inadequate conditions, but this would have deprived the family of some social benefits, namely child allowance. In collaboration with the Social Office, the municipal authorities had therefore sought a suitable rehousing solution. That said, he acknowledged the fact that this was problematic and highlighted the growing issues associated with furnished rooms and insecure housing.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) then asked for clarification on the concept of “close social support”, particularly regarding the staff responsible for providing it and the obligations linked with such accommodation.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that the support in question would mainly be provided by Ms Lynn Schneider, a qualified social worker who was already working in this field, as well as by Ms Stephanie Zolver and the local social services. He clarified that it involved community-based work aimed at helping families with administrative procedures, day-to-day organisation and overall stability, with the aim of helping them to gradually move beyond a mere survival mindset.

Councillor Betty Welter-Gaul (LSAP) added that whenever possible, the aim was to help the beneficiaries re-enter the mainstream rental market, even though the housing situation remained particularly difficult.

Adding to this, Mayor Nico Pundel (CSV) acknowledged that some people – particularly pensioners on very low incomes – would probably never be able to leave social housing. They should be able to live there with dignity in the long term.

Finally, Councillor Nicolas Kandel (DP) asked whether the Council had encountered cases where beneficiaries had failed to meet their obligations despite the support offered.

Mayor Nico Pundel (CSV) replied that most beneficiaries complied with the established rules. He admitted that some people faced greater difficulties but stressed that no particularly critical situations had recently been reported to the Council.

No further questions were raised. The two leases were put to the vote and approved unanimously.

3. Approval of an agreement with the Ministry of Education, Children and Youth (MENJE) for financial support towards the construction of the Maison des Jeunes (youth club).

Mayor Nico Pundel (CSV) presented the agreement to be concluded with the Ministry of Education, Children and Youth (MENJE) regarding the construction of the Maison des Jeunes (youth club). He noted that the initial project estimate stood at 3,725,000 EUR.

He explained that, initially, the Municipality was unsure whether the Ministry would agree to make a financial

contribution to this project, because Strassen had already received funding for a youth club in the past. Ultimately, the Ministry and the National Youth Service had confirmed their support, with a maximum contribution of 1.5 million EUR towards construction. A further contribution may be made towards the initial equipment, but the exact amount had yet to be specified.

The Mayor therefore emphasised that the Municipal Council had to approve the agreement and accept this financial contribution. He added that Minister Claude Meisch would attend the opening of the Maison des Jeunes (youth club) which was scheduled for 27 May.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked for clarification regarding the wording of the agreement, in particular the reference to the estimate submitted before the completion of the works. Mayor Nico Pundel (CSV) confirmed that the contribution was indeed calculated on the basis of the current project.

The agreement was put to a vote and adopted unanimously.

4. Mobility and traffic:

- a) Adoption of temporary traffic regulations for the School Cup**
- b) Adoption of temporary traffic regulations for the “Vëlosummer” event**
- c) Confirmation of several temporary traffic regulations**

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) presented several temporary traffic regulations relating to various events and developments.

Regarding the School Cup, she explained that specific measures would be put in place to ensure the children's safety along the route, as was done every year. Some sections would be temporarily modified, namely between Rue de l'École and the Sports Hall, where traffic would be restricted to prevent vehicles from overtaking the young cyclists. The event would take place on Friday 15 May between 2 and 4 p.m.

As to the “Vëlosummer” event, she explained that the route would be the same as the former year. Special signage would be put up at the various junctions along the route. The 2026 event would take place from 1 to 16 August. On 2 August, the Council would host the “Vëlosummer” launch featuring various activities for children, with food trucks outside the Barblé Centre.

As part of the approval of the temporary regulations, the Councillor then mentioned the forthcoming installation of lighting along the PC13, between Rue du Kiem and Rue de Strassen. During the works, the affected road section would be temporarily closed. She emphasised the importance of the decision to provide lighting there, because the stretch was particularly dark in the evenings and it was regularly used by cyclists and pedestrians.

Councillor Nicolas Kandel (DP) asked how the route for the School Cup was determined and specifically asked about that year's route.

Alderwoman Anne Arend (CSV) explained that the route had been in place for several years and it had simply been adapted to take account of ongoing roadworks. She pointed out that the routes had been altered mainly for safety reasons. In her view, many children were not yet confident enough on their bikes to cycle along busier roads, hence the need for a safer route through residential areas.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) took the opportunity during the discussion on the new lighting for PC13 to propose the installation of additional benches along the road, pointing out that an old bench had been removed and that the pathway was regularly used by elderly people.

The temporary traffic regulations were then put to a vote and adopted unanimously.

5. Approval of the estimate for the construction of a school with a Maison Relais.

Mayor Nico Pundel (CSV) introduced the project, noting that it was the largest investment ever put to a vote by Strassen's Municipal Council, with costs rising to 58 million EUR (incl. taxes).

The project was presented as the result of a lengthy consultation process that began before the Covid-19 pandemic, and involving a working group comprising representatives from the Municipal Council, the school, the Maison Relais and the parents' association. Several visits to existing schools had been organised to gather information about the design of the future building.

The Mayor explained that the new school would accommodate around 432 children, divided between early years education and pre-school. The building would be organised into groups or "clusters" of four classrooms, facilitating a smoother transition between the school and the Maison Relais. He emphasised that the original idea for the kitchen in the new building had been shelved, replaced by plans for the existing kitchen at the Blummewiss site to be refurbished as part of a separate project instead.

The building would partly have a basement which would incorporate technical and storage areas, as well as an energy system based on an ice storage unit. Deep geothermal energy had been opted against, due to the uncertainty caused by the additional procedures and studies required. The roof would be fitted with extensive photovoltaic panels. The Mayor pointed out that, despite its size, the building would remain relatively low-rise, and it would blend harmoniously into the town centre thanks to a façade in understated, warm tones.

If all went according to plan, the entry into service of the building was scheduled for the start of the 2030/2031 school year. The Mayor explained that the grants totalling 18 million EUR had been factored into the budget, and that a cautious approach had been adopted. He nevertheless hoped that more government support would be obtained, particularly if the grant disbursement system were to be adjusted during the construction phases.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP), who had participated in the working group, praised the quality of the project and its integration into the town centre. She underscored the importance of the outdoor spaces, the interior layout and the dialogue with teaching staff and Maison Relais supervisors. She believed that the future building would provide a positive working and learning environment for both children and staff. She also asked

if furniture and technical equipment were included in the quote, particularly interactive whiteboards, and this was confirmed.

Alderwoman Anne Arend (CSV) emphasised the closer collaboration between the school and the Maison Relais. She explained that this had long been discussed and it was finally being put into practice through various joint projects. She strongly believed that the two structures should work together closely, because they both tended to the same children throughout the day.

Councillor Paul Klensch (LSAP) highlighted the long-term vision of the project. He pointed out that the building design had evolved gradually through a series of workshops and discussions and had resulted in a facility designed with the future of education in Strassen in mind. He also said the project's location at the heart of the town was a source of opportunity: it was on Council-owned land, and the school and Maison Relais would remain in a central, well-connected place.

Mayor Nico Pundel (CSV) pointed out that, with this project, the school would reach its full capacity. Once the new school had been built and the planned extensions to other buildings had been completed, no further additions could be made at the same location. In the long term, should the Municipality continue to grow, a new site would have to be considered.

Councillor Laurent Braun (CSV) acknowledged the quality of the project but drew attention to its exceptionally high cost. He said the Municipality would have to monitor its financial situation closely, even though this investment was in response to a genuine need. He expressed a more general concern regarding the rising costs of large-scale public projects.

Alderwoman Anne Arend (CSV) responded that although the budget was high, it remained realistic for an infrastructure of both that scale and quality. She said the Municipality still had substantial reserves and the financial projections allowed such plans without overly impacting the balance, provided that municipal revenues remained stable.

Mayor Nico Pundel (CSV) added that this figure must be viewed in the context of time, as the expenditure

would be spread over several years. He also said that the project was not limited to a traditional school: instead, it included spaces designed to accommodate children throughout the day, from the morning until early evening.

Councillor Nicolas Kandel (DP) echoed these comments on cost and urged his colleagues to apply a critical cost-utility approach to such projects, even when dealing with large-scale, necessary ones. Luxembourg's requirements, particularly regulatory ones, also contributed to making such constructions more expensive.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) made a comparison with other school buildings, namely the Saint-Exupéry School, pointing out that it was a much simpler, older modular construction. She believed that the current project, which combined a school and a Maison Relais, could not be directly compared to the former type of building.

Councillor Daniel Thein (DP) thanked the speakers for their explanations and expressed particular interest in how the ice storage system worked. Representatives from the architectural firm and the project manager had explained that this method allowed energy to be stored and retrieved according to the building's heating and cooling needs, in conjunction with the solar panels and the heat pump. The Mayor said that the Municipality would increasingly have to design its buildings with integrated energy systems, where electricity generated on various municipal rooftops would be used wherever it was needed.

Councillor Marc Fischer (DP) considered this to be a successful, well-integrated and high-quality project. However, he warned that a distinction had to be made between functionality and architectural ambition. He also asked questions about the phased fitting out of the classrooms and the layout of the toilets. Alderwoman Anne Arend (CSV) explained that the toilets would be organised in line with requests made by teaching staff and that classroom equipment would be adapted to the actual needs at the time of the school opening so as to prevent making unnecessary purchases.

Following these discussions, the estimated budget of 58 million euros (incl. taxes) was put to the vote and adopted unanimously.

Mayor Nico Pundel (CSV) thanked the representatives of the architectural firm, the project manager and Mr Claude Feipel, who was entrusted with overseeing the project within the municipal authorities. He noted that the tender process was expected to begin after the collective leave.

6. Adoption of an additional estimate for works at the Helfenterbréck pumping station.

Mayor Nico Pundel (CSV) presented an additional estimate relating to the works carried out at the Helfenterbréck pumping station and rainwater retention basin.

He explained that the initial project had been approved in 2021 with an estimated cost of around 930,000 EUR. However, by the time the tenders were launched, the cost had risen to around 1.4 million EUR. This was caused by the Covid-19 crisis and the war in Ukraine, periods during which construction costs soared.

The Mayor stated that additional works were incorporated during the course of the project. Ultimately, the total cost now stood at around 1.873 million EUR.

As the project was being carried out jointly with the Municipality of Bertrange, the expenses were shared equally between the two municipalities. That said, the Water Management Authority required that only one municipality officially submit the application, so the Municipality of Strassen had made some payments for studies and engineering firm work, which would subsequently be re-invoiced to the Municipality of Bertrange to restore the 50/50 split.

In this context, the additional contribution requested by the Municipality of Strassen amounted to approximately 416,000 euros. A proportion of the advance payment made by Strassen would subsequently be recovered from the Municipality of Bertrange.

No further questions were raised. The additional estimate was adopted unanimously.

7. Approval of the CLUB AKTIV PLUS agreement for 2026.

Councillor Betty Welter-Gaul (LSAP) presented the annual Club Aktiv Plus agreement for 2026. She explained that it remained virtually unchanged compared to the previous year and that there were only a few adjustments relating to staff.

She noted that Ms Patricia Petruccioli held the post of management coordinator, working 32 hours per week. Ms Carmen Reuland worked as an educator with additional administrative duties. Ms Lara Gerson was the office clerk, and Ms Sally Muller worked as an educator.

The Councillor underscored how satisfied the Ministry and partner organisations were with the work carried out by the Club Aktiv Plus team, particularly Ms Patricia Petruccioli.

She then gave some figures to illustrate the Club Aktiv Plus' activities.

In 2025, Club Aktiv Plus had 77 members aged over 90 (7 men and 70 women). Among the members aged under 50, there were 3 men and 13 women.

In total, 5,891 participations in various activities were recorded during the year, involving around 507 regular participants. The average age of the members was 75, with an average of 76 for men and 74 for women.

Councillor Betty Welter-Gaul (LSAP) provided details about the many activities organised by Club Aktiv Plus, such as digital workshops on smartphone use, gentle exercise sessions, intergenerational and intercultural activities, outings, communal meals, preparation for retirement and even dance classes.

She drew particular attention to the success of the fortnightly lunch, which regularly attracted between 60 and 80 participants, with up to 150 people at special events.

The Councillor added that Club Aktiv Plus had celebrated its 20th anniversary last year, with around 120 people and the relevant Minister attending the event.

Mayor Nico Pundel (CSV) also praised the vitality of Club Aktiv Plus, which he saw as a real asset for the

Municipality's older residents. He highlighted the wide range of activities on offer, as well as the club's social importance in combating isolation.

The agreement was then put to a vote and adopted unanimously.

8. Approval of an agreement for nature conservation projects.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) presented an agreement concluded as part of nature conservation projects in collaboration with SICONA and some farmers in the Municipality.

This was not a new programme, but rather the administrative formalisation of existing practices. The agreement was primarily aimed at the maintenance of hedges and orchards to preserve biodiversity, particularly local flora and fauna, as well as ensure the continuity of natural habitats.

The Councillor explained that the farmers made some land available, and SICONA was responsible for maintenance work such as hedge trimming, or planting and replacing trees wherever necessary. The total cost of the tasks planned for that year was approximately 6,200 EUR, 90 per cent of which was subsidised by the State, thereby significantly reducing the Council's financial contribution.

Councillor Nicolas Kandel (DP) nevertheless questioned the principle of the Council intervening on private land located near town. He explained that he understood the value of such projects in open agricultural areas but considered the Municipal Council's involvement in the maintenance of private orchards located within the urban area to be quite a sensitive issue.

Mayor Nico Pundel (CSV) acknowledged that this matter deserved some consideration. However, he said that some of these areas were of genuine scenic and ecological value to the residents. In particular, he referred to a project aimed at transforming part of the land in question into a flower-filled meadow visible to residents. He also pointed out that the Council had already excluded some private plots from

similar schemes in the past in order to ensure some consistency in terms of public intervention.

Councillor Marc Fischer (DP) then asked whether there were any other organisations that could collaborate with the Municipality on such projects, noting that SICONA was frequently involved.

Mayor Nico Pundel (CSV) replied that the Municipality worked with other partners too, particularly on projects relating to school gardens, vocational integration or social services. However, he underscored SICONA's special position: it was an inter-municipal body specialising in nature conservation, whereas the other stakeholders were generally private companies or organisations operating under agreements.

The agreement was then put to a vote and adopted unanimously.

9. Allocation of special grants to local associations.

Mayor Nico Pundel (CSV) presented a request for an extraordinary grant that had been submitted by Biker.lu regarding a first-aid course in 2023.

He explained that, at the time, a verbal agreement had been reached with Mr Fränz Schneider to organise a first-aid training course focused on accidents that might occur in the forest or during sporting activities. The Mayor pointed out that the course had been open to the public and was not restricted to members of the association.

He recalled that the agreement was that the Municipality would cover the costs of the course, as it regularly did for similar public interest training courses. However, the association had not submitted its invoice until 2026, three years after the training had taken place.

Councillor Nicolas Kandel (DP) raised questions about the process and suggested that it might be worth considering a more structured and transparent approach for the organisation of this type of training for local associations in future.

The Mayor confirmed that the course had indeed been publicly announced at the time and that it was not a special favour granted to a single association.

During the discussion, Councillor Paul Klensch (LSAP) took the opportunity to point out that the Municipality had successfully organised psychological first aid training courses in the past. In future, he proposed considering the regular organisation of first aid training courses that would be accessible to all clubs and associations in the Municipality, particularly for sports organisations with a higher risk of accidents.

Alderwoman Anne Arend (CSV) welcomed this proposal. She noted that some clubs, such as the CEP (Physical Education Circle), were already considering such training for their coaches and supervisors. She thought it was appropriate for the Municipality to consider a common framework to ensure associations were treated fairly.

Councillor Jean-Claude Roob (LSAP) also pointed out that some sports federations already required regular first-aid refresher courses as part of coach training programmes.

The special grant was then put to the vote and adopted unanimously.

The agenda item continued with a second request for an extraordinary grant for the archery club.

Alderwoman Anne Arend (CSV) explained that the club wanted to acquire paintball-style equipment designed for archery, with obstacles and interactive targets for safer and more fun practice. This equipment used soft projectiles rather than traditional arrows, which considerably reduced the risk of injury.

The Councillor highlighted the fact that this equipment would not only benefit the club itself but also the municipal authorities, particularly during events such as the "Nuits du Sport" (Sports Nights), school fêtes or other local events in which the club regularly participated. She added that this system would make it possible to offer activities to a wider audience, thanks to lower safety constraints than those associated with traditional archery.

In this context, the Council proposed to grant the club a subsidy covering one-third of the cost of the equipment, i.e. a contribution of 2,493 EUR out of a total of 7,480 EUR.

Councillor Paul Klensch (LSAP) welcomed this innovative initiative. He said that the club had already presented the project at its general meeting. He added that there was great potential for company team-building events.

Seizing the opportunity presented by the discussion, Councillor Paul Klensch even suggested that this could be organised for the members of the Municipal Council, in a friendly spirit.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) also thought the project was a good initiative. She described a recent conversation she had with Mr Jeff Henckels about the difficulties the club was having in attracting new members, particularly young people. She believed this more recreational approach could help introduce archery to a new audience and help revive the club.

Councillor Jean-Claude Roob (LSAP) briefly raised concerns about safety.

Alderwoman Anne Arend (CSV) reassured him, pointing out that the concept was specifically designed to ensure safe practice in large groups, e.g. in schools or at public events. She added that this method required fewer supervisors than traditional archery.

Councillor Marc Fischer (DP) then made a connection with the previous discussion on first-aid training. He underscored the importance of regularly refreshing this kind of knowledge and believed it might be worthwhile to further encourage local associations to organise similar initiatives themselves.

Alderwoman Anne Arend (CSV) confirmed that this matter would be taken up by the Sports and Associations Committee.

The special grant was finally put to the vote and adopted unanimously.

10. Drink prices at cultural events.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that to date, the Council had no by-law allowing the sale of drinks at events organised directly by the Municipality itself. This situation clearly came to light at a cultural evening at

the Barblé Centre, where, in the absence of a regulatory framework, drinks had to be distributed free of charge.

To avoid this happening in future, the College of the Mayor and Alderwomen was proposing the adoption of a regulation setting the prices of drinks sold at municipal events, particularly at the Barblé Centre or at events organised in the forest.

The Mayor explained that the proposed prices were aligned with those usually charged in the Municipality. At the request of several local associations, he also suggested adding a provision for sparkling wine (crémant), costing 5 euros per glass and 25 euros per bottle.

Councillor Marc Fischer (DP) requested that tap water be explicitly provided free of charge. Mayor Nico Pundel (CSV) replied that this was already the case at events organised by the Municipality at the Barblé Centre. He pointed out, however, that in the forest, the quality of the available water did not allow it to be served, which was why only bottled water was sold there.

Councillor Marc Fischer (DP) then questioned the College of the Mayor and Alderwomen about admission fees for cultural events.

The Mayor said that a separate pricing regulation already existed for admission fees, with the rate set at 8 EUR. He added that discussions were underway to introduce several pricing categories depending on the scale or cost of the events.

Alderwoman Anne Arend (CSV) said that a general list of municipal fees was being drawn up.

Councillor Paul Klensch (LSAP) also supported the principle of free tap water, recalling the national awareness campaigns carried out in recent years in favour of free access to drinking water.

However, he believed that the price of bottled water could be lower than that of sugary drinks to encourage healthier choices. Under the current proposal, bottled water was sold at the same price as fizzy drinks.

Alderwoman Anne Arend (CSV) said that these principles were already set out in the Municipal Eco-Charter for associations.

Mayor Nico Pundel (CSV) then explained that the decision to set a uniform price of 2.50 EUR for most drinks was primarily based on practical considerations, namely to speed up service by preventing complex calculations having to be made due to differently priced items. He added that some juices and even bottled water represented a significant purchase cost.

Councillor Marc Fischer (DP) finally suggested specifying the quantities sold (e.g. the size of bottles or the volume in glasses) to avoid any ambiguity.

The Mayor confirmed that only small bottles of water were affected and finally proposed adding coffee, tea and hot chocolate to the list of drinks sold at the flat rate of 2.50 EUR.

The pricing regulation was then put to the vote and adopted unanimously.

11. Approval of several municipal garden contracts.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) explained that, like every year, this involved the renewal and reallocation of several municipal allotments.

Some gardeners regularly abandoned their plots during the winter or stopped tending to them properly despite reminders sent by the Council. Vacated plots were then offered to people on the waiting list. She added that some people also requested a larger plot when one became available.

The fees remained unchanged: 25 EUR per year for a small allotment and 50 EUR per year for a large one.

The Councillor noted that there were still seven people on the waiting list.

Councillor Paul Klensch (LSAP) raised no objection but pointed out that the voting period was relatively late in the season, when gardeners had generally already started their spring planting.

He suggested that in future, this matter be dealt with earlier in the year to simplify matters for the beneficiaries.

The contracts were then put to the vote and adopted unanimously.

12. Adoption of financial aid regulation for residents to fight Asian hornets.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) explained that the State now provided financial aid for the destruction of Asian hornet nests. The Municipality therefore proposed to cover the remaining costs that were not covered by the State subsidy.

She also pointed out that a terminological adjustment has been made to the regulations. The categories of nests used by the State now distinguished between “embryonic nests”, “primary nests” and “secondary nests”. Embryonic nests corresponded to the very earliest stages of development, and secondary nests appeared in greater numbers around already established nests.

Mayor Nico Pundel (CSV) summarised the principle behind the scheme: the Municipality would reimburse the outstanding balance to be paid after the State aid had been disbursed.

He added that the practical arrangements still needed to be finalised, particularly to determine how to assist citizens depending on who they contacted first (the State or the Municipality). Some residents would indeed apply directly via the national procedure, while others would first approach the municipal authorities, and then be directed to specialist firms and told what administrative steps to take.

The regulation was then put to a vote and adopted unanimously.

13. Decision in principle regarding the use of existing infrastructures by the National Reception Office (ONA) for the temporary accommodation of applicants for international protection.

Mayor Nico Pundel (CSV) introduced the item, explaining that this was not yet a final decision, but that it

concerned a Letter of Intent requested by the Ministry regarding the use of the former Hôtel Olivier as a temporary accommodation facility for applicants for international protection.

He noted that a meeting had recently taken place with representatives from the Ministry to discuss the practical details of the project. However, the Municipality had several concerns, namely the occupancy density envisaged by the National Reception Office (ONA). According to the initial estimates presented, up to 250 people could be accommodated in the 54 available rooms, based on a calculation of approximately six square metres per person.

The Mayor considered this figure unrealistic and had announced that the Municipal Council wished to set its own conditions before any agreement was signed. In particular, he proposed to initially limit occupancy to two people per room, amounting to around 108 residents in total. He also suggested capping the number of children accommodated in order to safeguard the Council's capacity to host them, particularly in terms of schooling.

He also mentioned several requirements that the Council wanted to include in the agreement, such as the creation of a small playground in the rear car park and improved social support provided by governmental services.

Mayor Nico Pundel (CSV) also pointed out that the Municipality had already taken in some 80 Ukrainian refugees at the start of the war without any major difficulties. He added that taking in refugees was a collective responsibility.

Councillor Nicolas Kandel (DP) said he supported the principle of the Municipality showing solidarity, but clear limits needed to be set, in line with other accommodation projects already under consideration in the municipal area. He called for all existing or proposed facilities to be taken into account as part of a comprehensive approach.

Mayor Nico Pundel (CSV) shared this view and pointed out that other accommodation projects were currently being discussed in the Municipality. He therefore

considered it important to set a reasonable threshold for Strassen in order to avoid excessive concentration.

He also emphasised that only 35 municipalities in Luxembourg currently hosted National Reception Office (ONA) facilities, despite there being 74 such sites nationwide.

The Mayor then underscored the practical implications for municipal services. In particular, he said that the arrival of around a hundred additional people would inevitably place a significant burden on the municipal social services. In his view, the Municipality would have to request additional support from the State, namely in the form of extra social workers.

Councillor Nicolas Kandel (DP) also drew attention to the longer-term implications for social housing. Some people who would be housed temporarily in Strassen would subsequently want to settle permanently and would want affordable housing. He therefore proposed considering the creation of a specific committee tasked with ensuring the transparent and balanced handling of applications for social housing.

Mayor Nico Pundel (CSV) acknowledged that pressure on the housing market was already a major problem for the Municipality. He said Strassen had particularly attractive educational, social, sporting and transport facilities, which explained why families who settled in the Municipality rarely wanted to leave.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) thanked the Mayor for involving elected representatives in the preparatory meeting with the Ministry. She believed the project should be analysed in its entirety, particularly with regard to the implications for schools, childcare facilities, the Social Office and the Municipality's capacity for integration.

She emphasised the need to obtain assurances from the Ministry of Education, Children and Youth (MENJE) regarding educational resources and support for the children concerned, some of whom may have had traumatic experiences.

Councillor Dan Thein (DP) also supported the principle of a community-based approach. Drawing on his

professional experience in education, he stated that smaller facilities generally achieved better linguistic and social integration for children.

He also pointed out that local associations would play a vital role in the integration process and that the arrival of new residents would inevitably have an impact on community life and the Municipality's sports facilities.

Mayor Nico Pundel (CSV) concluded by pointing out that any increase in population would obviously have consequences for the municipal services and local infrastructures.

The Municipal Council finally decided unanimously to instruct the College of the Mayor and Alderwomen to draw up a list of specific conditions to be submitted to the Ministry as part of this Letter of Intent.

14. Urban planning:

a) Decision regarding the exercise of a right of pre-emption

Mayor Nico Pundel (CSV) presented a request concerning a plot of land measuring 2.64 ares, sold for 528,000 EUR (i.e. approx. 200,000 EUR per are).

He then clarified that the Municipality had no specific plans for this plot and therefore proposed waiving its right of pre-emption and allowing the purchasing family to finalise the transaction.

The decision was put to a vote and adopted unanimously.

b) Decision regarding a subdivision application

Mayor Nico Pundel (CSV) then presented an application for subdivision aimed at dividing a plot of land into two separate parcels.

He pointed out that the neighbouring plot had already been the object of a similar application submitted to the Municipal Council a few years earlier.

The application for subdivision was put to the vote and adopted unanimously.

15. Appointments and resignations in local committees.

Mayor Nico Pundel (CSV) presented a number of amendments concerning the composition and operation of several local committees.

He noted that an updated version of the documents had been sent to the municipal councillors. This included information on the resignation of Mr Georges Wiatzmitinoff from the Planning Committee, as well as the proposal to appoint Mr Fernand Schmit as a replacement.

As to the Environment Committee, it was proposed that Mr Samuel Schmidt be nominated as Secretary to replace Ms Aline Wirtgen.

The Mayor also stated that secretarial duties for the Climate Team would henceforth be carried out jointly by Mr Samuel Schmidt and Ms Aline Wirtgen.

Finally, Mr Eric Zimmer was proposed as acting Secretary for the Rent Committee, pending the full integration of the new staff members in the Housing Department.

The various appointments and amendments were put to the vote and adopted unanimously.

16. Any other business.

Mayor Nico Pundel (CSV) opened the item by announcing that an initial trial phase to film Municipal Council meetings would be launched at the next session. The aim was to assess the quality of the footage and determine whether the system was suitable or if another technical solution should be sought.

Councillor Laurent Braun (CSV) pointed out that there was a shortage of bins, particularly in the ladies' toilet cubicles at the new football stadium. The Mayor replied that extra bins would be provided.

Councillor Paul Klensch (LSAP) referred to the recent acts of vandalism at a school in Bettembourg, which had been widely reported in the press. He pointed out that the Municipality of Strassen had already experienced similar incidents in the past, namely at the

former school building and at the Saint-Exupéry school. He asked for an update on the security measures taken since the incidents, particularly regarding the CCTV plans.

Mayor Nico Pundel (CSV) said no cameras had yet been installed, because of the complexity of the related administrative and legal procedures. That said, the Municipality was cooperating with the police to devise a system in compliance with the regulations. He added that night-time patrols were carried out by an officer with a dog and that this appeared to have had a calming effect.

The families of the young people responsible for the damage at the Saint-Exupéry school had received the invoices for its reimbursement. The sums involved were substantial: around 20,000 EUR in total, i.e. approx. 4,000 EUR per young offender. To his knowledge, the payments had been made.

Councillor Paul Klensch (LSAP) then returned to a request already made at a previous Municipal Council meeting: to allow municipal councillors access to the main municipal building via a chip or access badge, particularly for weddings, meetings or committee sessions held in the evening or at weekends.

Mayor Nico Pundel (CSV) responded that the College of the Mayor and Alderwomen would prefer to avoid an increase in the number of secure access points. He explained that none of the other municipalities consulted issued keys or badges to their municipal councillors. He believed that the more keys in circulation there were, the greater the risk of misuse.

Alderwoman Anne Arend (CSV) confirmed that she had encountered this kind of problem when she was chairing the Finance Committee. Sometimes, she had to wait for a municipal staff member to arrive so she could access the building.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked whether the pavilion was occupied in the evenings. The Mayor replied that it was operating at excess capacity, hosting evening classes, the Music School and other training courses. Room management was now handled by the municipal caretakers.

Councillor Anne-Marie Linden (déi gréng) mentioned that some municipalities had launched a trial in which holders were attached to lampposts to allow residents to hang their Valorlux bags on them. The Mayor confirmed this was indeed the case and that Strassen was monitoring the progress of this initiative.

Councillor Anne-Marie Linden then reported that SICEC, the crematorium, had secured a State grant of 2.6 million EUR for its extension, thus reducing the need for financial contributions from the member municipalities.

The Councillor also pointed out that bus route 31 had been discontinued: it had been merged with route 19, which ran through Limpertsberg. She asked whether the Municipality had been informed of this change, especially when considering that Strassen helped fund some bus routes.

Mayor Nico Pundel (CSV) replied that the Municipality only co-funded a number of specific routes, e.g. those to Reckenthal and the CHL. He assumed that this information had been included in the numerous communications sent out by the transport services.

Councillor Anne-Marie Linden (déi gréng) added that the new route significantly lengthened the journey to the city centre, despite the fact that the bus ran more often.

Councillor Daniel Thein (DP) referred to a lengthy article recently published in the Luxemburger Wort newspaper featuring the municipality of Strassen. He asked who was behind it and whether the Municipality had contributed financially to its publication.

The Mayor responded that the initiative came entirely from the newspaper. The Municipality had simply answered a few questions and agreed to place an advertisement for the new “Beim Fräiheitsbam” chalet, but it had not commissioned or funded the feature itself.

Councillor Daniel Thein (DP) quipped that the article gave the impression that Strassen was like the Garden of Eden.

He then proposed looking into an automated car park management system around the sports facilities,

modelled on car parks in shopping centres where number plates were recognised automatically. The aim would be to simplify parking around “Les Thermes” and the football pitches.

The Mayor pointed out that a new car park with around 90 spaces was currently under construction and that he would prefer to wait until it was fully operational before considering any further changes.

The Councillor also drew attention to parking difficulties during sporting events, particularly football matches or competitions, when even the Saint-Exupéry car park was full.

Councillor Daniel Thein (DP) also pointed out that balls frequently flew behind the goals when younger players played on the smaller artificial pitches, thus risking damaging the kiosk’s windows or equipment. He suggested installing protective nets to prevent any accidents. The Mayor said this would be considered.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) returned to the issue of the differentiated mowing policy for green spaces. She referred for instance to a park located between the “Pescher 2” and “Pescher 3” neighbourhoods, where the grass has grown very tall despite the presence of young children and nurseries in the area.

She called for a compromise that would both preserve biodiversity and keep some areas accessible to children. The Mayor said this would be taken into consideration.

Councillor Marc Fischer (DP) finally raised the issue of the recent cyber-attacks that had affected several public institutions and asked what protective measures were in place in Strassen.

The Mayor acknowledged that IT systems remained vulnerable despite all the precautions taken. He explained that hackers were always one step ahead. Like everywhere else, a serious attack could severely disrupt the running of the Municipal Council.

Backups were in place and the Municipality was currently working on a comprehensive resilience plan, inspired in particular by discussions with Esch-sur-Alzette. Councillor Daniel Thein (DP) then asked whether the IT backups were physically stored in the same municipal building. The Municipal Secretary clarified that this was not the case: they were outsourced and were not located in the Municipality’s main building.

17. Staff matters:

a) Decision regarding a request for a shortened induction period

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that Ms Deborah Bauer was doing excellent work at the Municipality. He announced that she met the criteria for a twelve-month reduction in the induction period for her current role. The College of the Mayor and the Alderwomen was very satisfied with her work and therefore proposed to grant this reduction to her induction period.

The induction period reduction was granted unanimously.

b) Decision concerning the permanent appointment and temporary reduction in working hours of a municipal civil servant (behind closed doors)



COMMUNE DE
Strassen

